

3. Jahrgang.
Erscheint Montag,
Mittwoch und Frei-
tag.

Sieg-Lahn-Beitung.

Preis
der Post 1.50 mit „Zusatz-
blatt“ 2. 1.35 ohne
daselbst; im gleichen Verhält-
niß in der Expedition 2. 1.25
und 2. 1. pro Quartal.
Inserate pro 1-spaltige Zeile
10 Pf.

Organ für die landwirthschaftlichen und gewerblichen Interessen des Sieg- und Lahngebietes.

Nr. 6.

Siegen, Freitag, 14. Januar

1887.

Politische Uebersicht.

* Siegen, 14. Jan.

Am 8. Januar fand im deutschen Reichstag die Begründung einer physikalisch-technischen Reichsanstalt zur Discussion. Damals erklärte Hr. Dr. Virchow, der deutschfreisinnige Reichstagsabgeordnete für Berlin II. jede Discussion für überflüssig, da ein Gutachten des Dr. Werner Siemens für die Anstalt vorliege. In Mollke in militärischen Dingen eine geringere Autorität als Werner Siemens in seinem Fache? In Militärfragen ist das freilich etwas ganz anderes; da geht jeder deutschfreisinnige Schwärmer über den größten Feldherrn der nachnapoleonischen Zeit. — Und wie kläglich ist die Haltung der Reichstagsopposition. Zuerst vor den 31 Bataillonen 15 genehmigen, dann 30, dann 31 auf ein Jahr, dann alles auf 3 Jahre, welche Logik! Und der ganz Aufwand von Tinte und Lunge, mit dem gegen die Heeresvermehrung gesprochen und geschrieben worden ist — umsonst. Ich will ja die Opposition selbst für b. willigen. Aber nur auf drei Jahre! Alle Welt fragt, warum denn dann nicht auf 7 Jahre! — Die G. Z. schreibt: „Haben ein in der unumstänkten Monarchie aufgewachsener Herr, den Pflichten der neuen Zeit aufrichtig zugewandt, auch aufrichtig konstitutionell gesinnt und zur Verrichtung dieser Gefinnung wiederholt mit Opfern seiner Wünsche bereit gewesen; aber von der Nothwendigkeit des monarchischen Schwerpunktes in der neuen Reichsverfassung auf das Tiefste überzeugt, als Zeitgenosse von Jena in Militärfragen empfindlich, an dem Abbruch einer langen ruhmvollen Lebensarbeit durch die unerwartet eingetretenen Hemmnisse in Staunen und Mißmuth versetzt; in dieser seiner Richtung und Gefinnung auf den größten Feldherrn der nachnapoleonischen Zeit und den größten Staatsmann des Jahrhunderts gestützt. Drüb'n eine durch Willen und Polen entschiedene Mehrheit, den Agenten des hannoverschen Prätexten als ersten Führer.“ Sultanat Windthorst mit der Satrapie Richter, charakteristische Bismarck in seiner Rede vom 12. die Opposition. In der That ein höchst erbauliches Bild. — Nach der erwähnten Reichstagsitzung des 8. hatten Herr Windthorst, Herr Grillenberger und die beiden ehemaligen Seceßionisten Richter und v. Stauffenberg zusammen über ein gemeinsames Vorgehen in der Militär-angelegenheit berathen. Der süddeutsche Freiherr und einflüßige Vorkämpfer der nationalen Sache im Süden jetzt zwischen Welt und Sozialdemokraten! Wie tief ist der arme Mann gesunken! — Interessant ist der Eindruck den Bismarcks Rede im Auslande machte. Günstig überall, überall im friedlichen Sinne gedeutet. Nur die italienischen Blätter sind während darüber. Der kleine Geringgroß Italien ist darin etwas zu wegworfend behandelt worden. Die „Enkel der alten Römer“ sind empört. Doch das macht weiter keinen Schaden. — Aus der immer massenhafter anschwellenden Fluth von Rundebungen zu Gunsten der Militärvorlage möchten wir die folgende besonders bemerkenswerthe hervorheben: Im „Allgäuer Anzeigerblatt“ veröffentlicht der katholische Pfarrer Einögg in Stefans-Nettenberg mit Namensunterschrift folgende Erklärung: Die Aeußerungen eines Theiles der Presse

scheinen zur Zeit der Vermuthung Raum zu geben, als ob der katholische Klerus die herrschende Opposition gegen die Militärvorlage mit verursacht oder veranlaßt hätte. Dem ist durchaus nicht so. Der deutsche Kaiser, der Prinz-Regent von Baiern und der General-Feldmarschall von Moltke haben ihre Urtheile abgegeben, das genügt vollständig. Das deutsche Vaterland soll und muß gegen seine Feinde im Osten und Westen gesichert und geschützt werden, und zwar eventuell um jeden Preis. — Auch die Köln. Ztg. ruft aus: „Daher also haben Herr Windthorst und Herr Richter, Herr Grillenberger und Herr v. Stauffenberg sich wochenlang überboten in Weisen, daß eine Erhöhung unserer Heeresziffer, wie die Regierungsvorlage sie verlangte, nicht nöthig sei, darum ist das deutsche Volk seit vorigem December von den deutschfreisinnigen und ultramontanen Blättern durch die Versicherung aufgeregt worden, die neuen Bataillone seien überflüssig und die Verstärkung der Gades sei schädlich, darum ist dem Auslande Tag um Tag, das Schauspiel von neuem geboten worden, daß Graf Moltke in Bezug auf seine Vorgehensweisen von der Stärke der Truppenkörper von den Autoritäten Windthorst und Richter abgekanzelt wurde — damit schließlich Herr Windthorst und Herr v. Stauffenberg einmüthig sich bereiten, die gesammelten verlangten Mannschaften zu bewilligen. — Wozu war nun dieser wochenlange Lärm, dieses unwürdige Handeln und Feilschen um einige Tausend Mann oder um einige Bataillone, wenn über Nacht, ohne daß im Mindesten etwas sich ereignet hätte, was nicht vor fünf Wochen, geschweige vor der zweiten Session, in der Commission bekannt gewesen wäre, der ganze Rath entschwindet, die Opposition aufgegeben wird und man still und entsagungsvoll einsinkt! — Etwas Klägliches hat der deutsche Fortschrittsparlamentarismus in seiner an Kläglichkeit gewiß nicht armen Vergangenheit schwerlich aufzuweisen, als diesen Rückzug in Frage der Vermehrung der Heeresziffer. In der Commission war noch keine fortschrittliche Stimme für die Heeresziffer zu haben, heute liegt der einstimmige Beschluß der deutschfreisinnigen Fraction vor, für die volle Zahl zu stimmen.“

Witten unter den Debatten über seine künftige Stellung nach der Uebernahme des auswärtigen Amtes durch den Marquis of Salisbury ist der bisherige auswärtige Minister von England Earl of Jddesleigh gestern Nachmittag plötzlich gestorben. Seit Jahren herzleidend, wurde er auf der Treppe zu der Amtswohnung Lord Salisbury's in der Londoner Downingstreet von einem Anfall ergriffen und starb nach wenigen Minuten in einem Zimmer Lord Salisbury's. Sein Sohn und zwei Aerzte waren zu ihm gerufen. Sir Stafford H. Northcote war am 27. Oktober 1818 geboren und eröffnete 1843 seine politische Laufbahn als Privatsecretär des damals toryistischen Handelsministers Gladstone; eine persönliche Rücksichtnahme auf und Verehrung für seinen Chef ist ihm auch nach dessen Parteiwechsel stets geblieben. 1851 Secretär der ersten Londoner Weltausstellung, trat Northcote 1855 in das Unterhaus, wurde 1859 Finanzsecretär des Schatzkanzlers Derby, 1866 Handelsminister, 1868 Minister für Indien, in dem ersten Ministerium Disraeli 1874 Schatzkanzler, 1876 nach der Erhebung seines

Chefs zum Lord of Beaconsfield Leiter des Unterhauses, in dem ersten Ministerium Salisbury 24. Juli 1885 erster Lord des Schatzamts und als Earl of Jddesleigh in die Peerskammer berufen, in dem zweiten Ministerium Salisbury am 3. August 1886 Minister des Auswärtigen. Seine Kapazität ersten Ranges und auch kein ausgeprägter Tory sondern ein sogenannter Liberalconservative, war dafür Jddesleigh von gewinnender Lebenswürdigkeit und ein guter Typus des altenglischen Gentleman.

Tagesnachrichten.

* Berlin, 12. Jan. (Vom Tage.) Die Verhandlungen zwischen der preussischen Regierung und der Kurie haben bisher einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen. Wie heute mitgetheilt wird, ist die kirchenpolitische Lage in einer der letzten Sitzungen des Staatsministeriums berührt worden. Darnach ist bestimmt eine kirchenpolitische Vorlage zu erwarten, durch welche die Zulage einer weiteren Revision der Maigesetze eingelöst werden soll. Die Vorlage dürfte schon größtentheils ausgearbeitet sein und ihre Ankündigung wird jedenfalls eine Stelle in der Eröffnungsrede des Landtags finden. — Die Rheinprovinz hat die Genehmigung zur Ausgabe einer 3 1/2% Anleihe in Höhe von 20 Millionen erhalten. — Einer der bekanntesten Parlamentarier, der Abgeordnete Dirichlet, ist an einem Herzklage nach vorausgegangener kürzerer Krankheit (Darmverschlingung) gestorben. Der Verstorbene, am 2. Juli 1833 geboren, hat hier in Berlin das Friedrich-Wilhelm-Gymnasium besucht, auch in Berlin Jura studirt, später sich jedoch der Landwirtschaft gewidmet. Seit 1857 war er Besitzer des Gutes Al. Wetschlehen. Er gehörte in Ostpreußen zu den einflußreichsten Vertretern der deutschfreisinnigen Partei. — Ueber den Tod Dr. Jähle's sind von Gustav Denhard aus Sanfibar Nachrichten eingetroffen. Darnach sah Jähle vor seinem Hause und schrieb, als ein Trupp Somalis herankam und für einen der ihrigen, welcher einen kranken Fuß hatte, Medizin erbat. Jähle verabreichte die Medizin und verband den Fuß. Daraufhin wurde Jähle's Diener mit dem Medizintasten ins Haus zurückgeschickt und begab sich von da zum Koch. Raum dort angelangt, hörte der Burfche Dr. Jähle aufschreien; er lief deshalb wieder vor das Haus und fand seinen Herrn am Boden in einer Blutlache liegend und die Hand auf einer Wunde in der linken Brust haltend. Jähle hatte dieselbe durch einen Messerstich von einem der Somalis erhalten, die ihn um Arznei gebeten hatten. Der Diener holte den Wili (Statthalter), welcher auch sofort am Thortor erschien. Jähle hat ungefähr noch eine Viertelstunde nach der Verwundung gelebt und ist gegen Sonnenuntergang verstorben.

* Berlin, 13. Jan. (Vom Tage.) Der Kaiser nahm heute Vormittag die Vorträge Albedylls und des Kriegsministers entgegen und empfing Nachmittags um 5 Uhr im Beisein des Staatssekretärs Grafen Bismarck den japanischen Prinzen Akishito Komatsu mit seinen Begleitern. Zur Tafel, welche hierauf zu Ehren des Prinzen stattfand, waren einige 30 Einladungen ergangen; an derselben nahm auch der Hofschäfer Hagfeldt theil. — Der Bundesrath erteilte heute

Er löst.

Novelle von E. Reithen.

(Fortsetzung.)

Erst dachte Hedwig mit Unbehagen an die Begegnung mit Pastor Arnold, zu dem sie nach allem kürzlich Erfahrenen wenig Zutrauen haben konnte; aber dann fiel ihr plötzlich ein, daß er durch seine Starrheit selber schwer gelitten haben müsse, daß er sich des einzigen Sohnes, des so tüchtigen, edlen Mannes jahrelang beraubt habe, um ihn jetzt schwer krank erst wiederzufinden — und die ganze Wärme ihrer zurückfließenden Natur erwachte für ihn, ihr Herz schlug ihm entgegen in dem Verlangen, wohlzutun, den Schmerz zu heilen. Als sie in das Wohnzimmer trat und eine hohe ernste Gestalt mit schlichtem grauen Haar, einfach wie ein Apostel, ihr überrascht einen Schritt entgegenkam, da riß ihr warmer Impuls sie hin, und seine Hand ehrerbietig an ihre Lippen ziehend, sagte sie: „Heiß'n Dank, daß Sie gekommen sind, Vater. Ich bin Hedwig Erlau und will Franz auf diese große Freude vorbereiten.“ Dann schlang sie die Arme um ein junges Mädchen, das auch näher getreten war, und flüsterte ihr den Willkommen leise zu.

Das ernste, freilich etwas strenge Gesicht des Pastors zeigte eine gewisse Verlegenheit über diese unerwartete Begrüßung. Die junge Dame hatte etwas so stattdliches, elegantes, wovon eigenthümlich anziehend ihr weiches mädchenhaftes Benehmen abfiel; so hatte sich der gute alte Dorfpfarrer das verpönte Weltkind gar nicht vorgestellt. Es war ihm ganz lieb, daß sie soogleich weiterging, um leise nach dem Kranken zu sehen, und als Lieschen sich nicht enthalten konnte, ihm zuzuflüstern: „wie reizend und gut ist Franzens Braut, so hab ich mir sie gedacht,“ mußte er innerlich widerstrebend einstimmen. Seine jüngste Tochter durfte sich selbst in dem patriarchalischen Haushalte Pastor Arnolds etwas mehr erlauben als andere, aber doch raffte der gestrenge Herr sich eben dazu auf, ihr das rasche, auf den äußern Eindruck basirte Urtheil zu verweisen, als Hedwig wieder erschien und beide hereinwinkte. Franz war wach und hatte nach Art angegriffener Kranke die wunderbare Neuigkeit ruhig aufgenommen und die Ankündigung zu sehen verlangt.

Hedwig hatte aber nun im Hintergrund stehend doch die Freude, zu sehen, daß er Lieschen glücklich anlächelte

und dem Vater mit Thränen in den Augen die Hand hinreckte. In den edlen, etwas scharfen Zügen des alten Mannes suchte es selbst, aber er fand keine Ruhe schnell wieder. Mit leisem Murmeln legte er seine freie Hand auf des Sohnes Stirn, als wolle er ihn segnen, und mit einem dankbaren Blick sank Franz in die Kissen zurück, schloß die Augen und schien ermattet einzuschlafen, aber des Vaters Hand hielt er fest, und behutlich ließ sich derselbe knieend am Lager nieder, während Hedwig Lieschen bedeutete, herauszukommen. Allein draußen wurden die beiden jungen Mädchen schnell bekannt und vertraut mit einander, und Hedwig konnte vorschlagen, daß Vater und Tochter bei ihnen essen möchten. Franz sollte möglichst Ruhe haben und schlafen, da könne sie der Wärter die Zeit über vertreten. Und Abends mußte Lieschen zu ihnen für die Nacht kommen, während sie für den Vater, der wohl vorziehen würde, hier zu bleiben, ein Bett hergeschickt würden. Nachdem sie sich darüber verständigt und die besorgten Herzen durch Mittheilung erleichtert hatten, ging Hedwig mit der Erinnerung an Franzens Freude und seines Vaters gütiges Benehmen getrost heim. Gegen Mittag wurde nochmals hingeschickt, den alten Herrn zu Tisch einzuladen, und obgleich es Lieschen einen kleinen Kampf kostete, gelang es ihr doch, ihren Vater willfährig zu machen.

Die Geheimrätin empfing ihre Gäste voll Würde, gar nicht so freundlich und gemüthlich, wie es sonst ihre Art war, aber Hedwig ließ sich jetzt durch des Pastors strenges Aussehen nicht mehr abschrecken, und ihrem liebevollen sanften Wesen war nicht lange zu widerstehen. Er wurde bald so mittheilbar und freundlich, wie seine eigne Tochter ihn noch kaum gesehen, und Hedwig glaubte das dem Wiederfinden des schmerzlich entbehrten Sohnes zuschreiben zu dürfen; sie ahnte ja nicht, daß er zumeist als Seelsorger gekommen, in der Absicht, den Sohn dem demoralisirenden Verkehr mit ihnen zu entreißen; daß erst beim Anblick des Sohnes seine väterlichen Empfindungen siegreich hervorgetreten waren und ihr ganzes Auftreten ihn ruhig gemacht und beeinflusst hatte.

Erst nach Tisch, als die Gäste wieder fort wollten, ließ der Geheimrath, der in seinem Krankenzimmer bedient worden war, bitten, den Besuch auch sehen zu dürfen. Von seinem traurigen Zustande hatte Pastor Arnold erst hier erfahren, und er konnte dem hartgeprüften Kranken nicht schroff begegnen, wie er es dem glücklichen Gefunden gegenüber gethan

haben würde. Er war aber durchaus nicht auf die warme Herzlichkeit des Empfanges seitens des ihm so mißliebigen Mannes vorbereitet, nicht für das freimüthige Zugeständniß, daß er ihm weh gethan und ihn wohl mißverstanden habe. Nachdem Erlau auch Lieschens Bekanntschaft gemacht, bat er mit Pastor Arnold allein sprechen zu dürfen. Die beiden jungen Mädchen wollten einstweilen nach Franz sehen gehen, und die Geheimrätin zog sich zurück. Hedwig war glücklich, daß sich alles so friedlich gestaltete, mit lebhafter Genugthuung, hatte sie die lebenswürdige Weise ihres Vaters wahrgenommen; er war doch immer der gütigste, beste Mensch; als sie ging, konnte sie sich nicht verlagen, ihm mit einem innigen Kuß Lebewohl zu sagen. Er zog sie an sich und küßte sie zärtlich. „Grüß mir Franz und sag ihm, nun hoffe ich, daß es bald besser würde, und ich freue mich, ihn nächstens wieder zu haben.“ Einen warmen Händedruck, ein herzliches Wort erhielt auch Lieschen, die, sobald sie draußen waren, in einen begeisterten Glückwunsch zum Besitz eines solchen Vaters ausbrach und Hedwigs Herz dadurch vollends gewann. Dann waren die beiden so ungleichartigen Männer allein.

Müthig und ohne Umschweife ging Erlau auf seine Erklärung ein; er schilderte dem Geistlichen mit bereiten Worten die Qual seines Sohnes, wie sich ihm dieselbe damals offenbart, wie Franz ihm versichert habe, nie an das Evangelium geglaubt zu haben, das er verkünden sollte.

„Auch ich,“ fuhr er fort, „war in meinem geschäftigen Leben immer ohne jede persönliche Beziehung zu einem offenbarten Gott ausgekommen, ich hatte keinen Begriff von andern Bedürfnissen; ich mußte ihn innig bemitleiden und war zu subjektiv und rasch in meinem damaligen Urtheilen; dadurch habe ich Ihnen das Recht gegeben, Franz und mich viel härter zu verdammen, als wir vielleicht verdienen, habe ich die Kluft zwischen Ihnen und dem geliebten Kinde unverständig erweitert. Seit ich in meiner Tochter Seele das Gottesbewußtsein so lebendig wahrgenommen habe, seit meine Krankheitstage mir Muße gegeben, über diese Dinge nachzudenken, habe ich verstehen gelernt, daß in den meisten Menschen das geistige Leben diese Richtung nehmen muß, daß sie im Grunde dasselbe meinen wie wir und nur die Einkleidung der einen großen Wahrheit eine andere ist. Können Sie daselbst anerkennen, so würden Sie uns nicht ganz verurtheilen. Sie würden sehen, daß Franz, ein edler selbst-

dem Entwurfe der Verordnung über die Militärtransport-Ordnung für die Eisenbahnen im Kriege, nebst dem Entwurfe des Militärtransports für die Eisenbahnen seine Zustimmung. — Die heutige „Nordd. Allg. Ztg.“ bringt die vom Reichskanzler in der heutigen Reichstagsitzung erwähnten, auf Verbungen des Welfenhauses um Unterstützung durch Napoleon bezüglichen diplomatischen Aktenstücke nochmals zum Abdruck. — Bei der Landtags-Gründung in Düren ist Gutsbesitzer Grand Rey (Klerikal) in Düren mit 346 von 349 Stimmen gewählt worden. — Auf Antrag Preußens haben heute die verbündeten Regierungen ihre Zustimmung zur Auflösung des Reichstags für den Fall der Ablehnung der Militärvorlage. Der Staatssekretär des Innern, Staatsminister v. Bötticher, kam mit der roten Mappe, welche die kaiserlichen Verordnungen über den Reichstag zu enthalten pflegt, heute in den Sitzungssaal des Hauses. — Der Gesetzentwurf betreffend die Unfallversicherung für die Seelente wurde nach mehrstündigen Verhandlungen genehmigt. — Seit Montag fanden im Reichstag keine Sitzungen seitens der Kommission statt. — Von der nationalliberalen Fraktion sind bei der Militärgesetzberatung sämtliche Mitglieder mit Ausnahme des Abg. Zeh anwesend, welcher bisher durch Krankheit ferngehalten wurde.

— **Berlin, 12. Jan.** (Der Reichstag vor der Entscheidung.) Mit den neuesten Vorgängen im Reichstag ist die kritische Situation auf die äußerste Spitze getrieben und die Entscheidung kann jetzt jeden Tag erfolgen. Die Regierung hält mit vollem Recht an der unveränderten Annahme der Militärvorlage fest, und wenn sie dies Ziel nicht erreicht, so ergreift ein Ruf an die Wähler unter einer kaiserlichen Proclamation, welche dem Volke die Entscheidung anheimstellt, ob die in diesen ersten Zeiten notwendigen Maßregeln zum militärischen Schutz des Reiches gewährt oder versagt werden sollen, und ob unser Herr eine feste sichere unwandelbare Schutzwehr gegen Bedrohungen unseres nationalen Daseins bleiben oder zum Ziel parlamentarischer Machtgelenke und Umläufe gemacht, den wechselnden unberechenbaren Entschlüssen ultramontan-radical-socialdemokratischer Reichstagsmehrheiten preisgegeben werden soll. Der Reichskanzler hat gestern die Entscheidung, um die es sich handelt, mit dem Wort: „Kaiserliches Heer oder Parlamentsheer“ bezeichnet. Es liegt darin viel Treffendes. Ueberhaupt hat der Reichskanzler mit seinem neuesten Auftreten die Situation auf die volle Höhe einer weltgeschichtlichen, jedenfalls einer nationalpolitischen Entscheidung ersten Ranges erhoben. Seine neuesten Reden gehören zu den bedeutendsten, wichtigsten und ergreifendsten, die er je gehalten hat. Er hat es durchaus verschmäht, mit Schwarzmalerei zu wirken. Im Gegentheil, seine Darlegungen über die Weltlage waren günstiger und erfreulicher als man hoffen konnte. Er hat namentlich einen Zusammenstoß mit Rußland aus den bevorstehenden Berechnungen, die man in jüngster Zeit anstellen mußte, ziemlich vollständig ausgestrichen. Und wenn er auch seine Ueberzeugung dahin ausspricht, daß eine neue Auseinandersetzung mit Frankreich auf die Dauer sehr wahrscheinlich sei, so deutete er doch an, daß ein solches Ereignis ebensogut erst nach zehn Jahren wie nach zehn Wochen eintreten und daß es möglicherweise auch ganz vermieden werden könne, wenn bei den Franzosen die Zuversicht nicht aufkomme, daß sie in einem neuen Woffengang die stärkeren sein würden. Dazu eben muß Deutschland eine ausreichende militärische Rüstung tragen, und angesichts der stets drohenden, ja wachsenden Gefahr eines französischen Angriffs, angesichts des leidenschaftlich geschürten nationalen Hasses bei unseren Nachbarn, angesichts der Unberechenbarkeit der Entschlüsse, beständig wechselnder Gewaltthäter, angesichts der Verlockung für dieselben, innerer Schwierigkeiten durch einen auswärtigen Krieg Herr zu werden; angesichts dieser handgreiflichen und allbekannten Thatfachen wäre es eine verwerfliche und unerantwortliche Pflichtvergessenheit, wenn wir irgend etwas veräumten, was unserer Wehrkraft die notwendige Stärke und Sicherheit verleiht. Wir sind über die Wirkung eines Rufes an die Wähler, der unter dem vollen Druck der auf dem Spiel stehenden höchsten Entscheidung ergeht, nicht zweifelhaft. Wenn wir das Parteiinteresse allein in den Vordergrund stellen wollten, könnten wir nur wünschen, daß dieser Appell jetzt an die Wähler ergeht. Wir halten es aber im nationalen Interesse

lofer Mensch, der redlich und treu seine Pflicht erfüllt, nicht der Heide sein kann, als der er Ihnen vorschwebt, wenn er auch nicht gerade so oder so glaubt; ist das nicht wahr?

Der Pastor hatte aufmerksam zugehört. „Sie haben eben keinen Begriff vom Glauben“, sagte er dann ernst, aber mild, „es kommt nicht darauf an, was man thut und leistet, nicht wie man sein Leben verwerthet und was man erreicht, sondern einzig und allein auf unsre Stellung zu Gott durch seinen Sohn, unsern Erlöser. In dieser Gesinnung der innigsten hingebendsten Liebe und des treuesten unverbürhten Gehorsams zu leben und zu sterben ist unsre einzige würdige Lebensaufgabe. Was nützt Ihnen alles Streben und Arbeiten ohne Rast und Ruhe jetzt, wo Sie nach des Herrn Willen die Hände in den Schoß legen müssen! Wäre ein solches Fortleben denn nicht ganz unnütz und qualvoll, wenn nicht auch in ihm jene Treue, jener Gehorsam sich beweisen könnte? Doch Sie wirken und wuchern konnten mit Ihren geistigen Gaben, hat der Herr zur Genüge gesehen, jetzt gilt es dulden und harren und in Demuth sein Joch tragen.“

Erlaubte wollte lebhaft etwas entgegen, aber der Pastor ließ sich nicht unterbrechen.

„Der heilige Wunsch, meinen Sohn von früh auf festzuwurzeln zu sehen in diesem einen, was not thut, die Hoffnung, ihn in den Schutz und Dienst des treuen Gottes zu retten aus den schweren Versuchungen der Welt, hat mich irre geführt, ich besenne es jetzt auch, ich habe es demüthig einsehen gelernt. Ich wollte die geliebte Seele ihm ganz hingeben, um sie ohne viel eignes Zutun selig werden zu sehen; aber wir erfahren die Gnade, glauben zu können, nur nach der bewußten Hingabe unsers eignen Willens, und Franz war ein unwürdiger Opfer. So hätte ich Ihnen danken müssen, daß Sie mir meinen Irrthum aufdeckten, ich konnte es damals nicht, es traf mich zu hart, aber jetzt bin ich Ihnen dankbar und ich sehe ein, daß ich Ihnen und Franz auch Unrecht gethan.“

Er reichte jetzt auch dem Geheimrath freiwillig die Hand und bestätigte, was er gesagt, mit einem herzlichen Druck. (Fortsetzung folgt.)

und wegen der Wirkung auf das Ausland für wünschenswerth, daß noch in letzter Stunde in der Reichstagsmehrheit die ungeheure Verantwortung einer Ablehnung der Forderungen der Regierung zum Bewußtsein kommt und das Gesetz bewilligt wird. Daß diese Hoffnung nur noch auf der Einsicht und dem guten Willen eines kleinen Häufchens von Ultramontanen beruhen kann und der linke Flügel des Liberalismus dabei vollkommen ausscheidet, ist auf alle Fälle eine bedauerliche und verhängnisvolle Erscheinung und könnte von folgenreichster Bedeutung für die Zukunft der liberalen Sache in Deutschland werden. Dafür sind die Herren von Stauffenberg, von Jordanbeck und Ridert verantwortlich zu machen.

□ **Berlin, 12. Jan.** (Die Aussichten der Militärvorlage) sind am Schluß der heutigen Sitzung so, daß die Annahme des Eventualantrags Stauffenbergs — die ganze Regierungsforderung auf 3 Jahre — mit Sicherheit zu erwarten scheint. Die Führer des Centrums und der Deutschfreisinnigen haben Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, dies Ziel zu erreichen, und es ist ihnen gelungen, die Socialdemokraten, Elsaß-Lothringern u. s. w. zu bewegen, sich der Abstimmung zu enthalten. Selbst Herr Antoine bringt das Opfer, nicht gegen das Triennat zu stimmen. Herr Hasenclever hat indeß heute bereits mit dankenswerther Offenheit erklärt, daß seine Partei bei der Schlussabstimmung über das ganze Gesetz gegen dasselbe in jeder Form stimmen werde. Alsdann würde allerdings voraussichtlich die dritte Lesung mit einem vollständig negativen Resultat enden. Diese Aussicht beleuchtet zur Genüge den wahren Werth des zu erwartenden „positiven“ Ergebnisses der zweiten Lesung. Er ist einerseits ein hohes Schicksal, auf die Auflösung der Wähler berechnet, und andererseits ein Mittel, das Septennat überhaupt nicht zur Abstimmung gelangen zu lassen. Im Reichstage überwiegt die Meinung, daß nach Annahme des § 1 mit 3 Jahren sofort die Auflösung erfolgen werde. Sollte dies der Fall sein, so ist es nicht überflüssig, bei Zeiten darauf hinzuweisen, daß die Majorität der zweiten Lesung sich am Schluß der dritten versammelt haben würde. Im Uebrigen ist wahrscheinlich, daß eine nicht geringe Zahl von Centrumsmitgliedern im Falle der Ablehnung des Triennats für das Septennat stimmen würde, da aber das Triennat zuerst zur Abstimmung kommen und durch die erwähnten Kunstgriffe angenommen werden wird, so wird diese Eventualität voraussichtlich gar nicht in Frage kommen.

— **Berlin, 13. Jan.** (Die Reichstagsmajorität.) Das „positive Resultat“ bei der Militärgesetzberatung, mit welchem die Opposition vor das Land zu treten gedankt, wird genügend durch die Zusammensetzung der Mehrheit gekennzeichnet, der dasselbe zu verbanen ist. Es kann überhaupt nur zur Stunde kommen, wenn eine dritte Lesung gar nicht stattfindet. Denn bei einer solchen fällt die herrliche Mehrheit unrettbar auseinander. Zu einem vorläufigen positiven Ergebnis aber, mit welchem man minder urtheilsfähigen Wählern Sand in die Augen zu streuen hofft, müssen mit den Ultramontanen und deutschfreisinnigen Kerntuppen alle die kleinen Gruppen zusammenwirken, denen man wohl nicht zu nahe tritt, wenn man sie reichs- und staatsfeindlich und antinational nennt, die Socialdemokraten, Polen, Elsaß-Lothringern, Welfen, Volkspartei. Den Werth dessen, was Centrum und Deutschfreisinnige für die militärische Sicherheit des Reichs bieten, mag man aus der Mitwirkung dieser Elemente ermessen: Unser ganzes parlamentarisches Leben in den letzten Jahren wurde durch die Mehrheit Windthorst-Richter-Lebkecht berieselt; sie ist wiederholt in höchst unerfreulicher Weise zu Tage getreten, ihr Meisterstück aber hat sie bei diesen „elenden Streitigkeiten“ um die Wehrkraft des Vaterlandes geliefert. Hoffentlich wird diese Leistung auch ihre letzte sein. Der Unwille des deutschen Volkes über solche Zustände wird dafür sorgen. Herr Windthorst, die Seele dieser Majorität, hat zur vollen Kennzeichnung der Lage für gut gehalten, den welfischen Grundzug seines politischen Wesens ganz besonders, in einer selbst bei ihm ungewöhnlichen Schärfe und demonstrativer Weise, hervorzuheben. Der deutsche Ultramontanismus leistet diesen Bestrebungen, die mit der Sache der katholischen Kirche nicht das mindeste zu thun haben, noch immer unbedingte Huresfolge, und auch die Deutschfreisinnigen liegen in Bewunderung und Ehrfurcht, um ein Vieh ngswort von Herrn Richter zu brauchen, „platt auf dem Bauch“ vor diesem großen Staatsmann und Patrioten. Das deutsche Volk möge nun entscheiden, ob Welfen, Römlinge, Polen, Demokraten und Socialdemokraten noch ferner unser Reich verderben und ruinieren dürfen.

— **Berlin, 11. Jan.** (Der Reichseinkommensteuerantrag) der deutschfreisinnigen Partei kann nur als ein Schachzug zu Agitationszwecken bezeichnet werden. Mit dem allgemeinen Ziel einer stärkeren Heranziehung der größeren Einnahmen zu den Staatslasten sind auch die Rechte und die Nationalliberalen einverstanden, auch mit der Form einer Reichseinkommensteuer kann man sich befreunden, wenn es gelingt, die großen praktischen Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen, welche in der Verschiedenartigkeit der bestehenden Einkommensteuersysteme in den verschiedenen Bundesstaaten liegen. Aber die deutschfreisinnige Partei hat gar nicht den Versuch gemacht, diese Schwierigkeiten zu beseitigen, sie überläßt das einfach dem Bundesrath. Und dann, wenn man auch die Heranziehung der größeren Einnahmen zu höherer Besteuerung billigt, so kann man doch dem Vorschlag nicht zustimmen, eine ganz bestimmte Staatsausgabe auf gewisse Volksklassen zu wälzen. Wo in aller Welt besteht ein solches Gesetz? Stärkere Heranziehung der großen Einnahmen zu den allgemeinen Staatslasten (aber nicht mit der Beschränkung auf einen bestimmten einzelnen Zweck) ist ein zu billiges Ziel, das indessen praktisch leichter und einfacher auf dem Wege der Landesgesetzgebung zu erreichen ist. In dieser Form und unter den obwaltenden Umständen aber kann der Antrag nichts anderes bedeuten als ein agitatorischer Schlagwort für die Wahlen, dessen gefährliche demagogische Wirkung von der fortschrittlichen Presse durch die Behauptung, die persönlichen Militärlasten ruhten überwiegend auf dem armen Mann, durch den Hinweis auf die reichen Leute, deren wohlthätiger Patriotismus sofort versiege, wenn es ans Bezahlen gehe, und andere aufreizende Redensarten noch gesteigert wird. Wie wenig ernst es die deutschfreisinnige Partei selbst bei andern Gelegenheiten mit einer besonderen Besteuerung der reichen Leute genommen, hat sich bei dem heftigen Widerstand gegen eine Börsenbesteuerung und gegen die Versuche, in Preußen die Einkommenbesteuerung in derselben Richtung zu reformiren, bewiesen.

Berlin, 12. Jan. (Vor der Entscheidung.) Wie schon in anderem Zusammenhange mitgetheilt, hat die freisinnige Fraktion gestern beschlossen, die Entscheidung des Centrums vor den Wählern: „Jeden Mann und jeden Großen wollten wir bewilligen“ auch für sich zu retten; denn nichts Anderes bedeutet der Beschluß, nach Ablehnung des reiflichen Antrags für dreijährige Bewilligung der geforderten Friedenspräsenz zu stimmen. Es wird ganz offenkundig, daß das treibende Motiv der Wunsch ist, die Wähler die Zersplitterung unter den Mehrheitsparteien nicht merken zu lassen und ihnen einen positiven Beschluß des Reichstags präsentiren zu können. Die Fraktion hat mit ihrem Eintreten für den Eventualantrag Stauffenberg anerkannt, daß Dr. Windthorst ein weitläufigerer Taktiker ist als der Abgeordnete Richter. Dabei ist es noch immer ungewiß, ob sich eine Mehrheit für die dreijährige Bewilligung findet. Die Socialdemokraten wollen nach der heutigen Erklärung Hasenclevers nur im zweiten Gang dem Centrum und den Freisinnigen sekundiren, im dritten aber nach ihrer wahren Meinung stimmen. Diese Schiebungen sind wahrscheinlich nicht danach angethan, die Sache der Opposition und insbesondere der Freisinnigen zu verbessern. Ueberblickt man die verschiedenen Positionen, welche die letzteren im Verlaufe der Verhandlungen eingenommen haben; vorgezwängt man sich das stolze Haupt des Abgeordneten Richter am Schluß der ersten Lesung in der Kommission, daß er nichts mehr zu partiren habe, so ist es klar, daß die Ueberredungskunst, die taktischen Gründe Windthorst's mehr über sie vermocht haben, als die eindringlich n Vorstellungen des Kriegsministers. Frh. v. Stauffenberg, Ridert und Jordanbeck von Windthorst, ihrem größten Gegner in der liberalen Area, in einer hohen Sache des Reichs beraten, — ein Bild, das an die Worte des Prinz von Hinz erinnert: „So schwindet schlecht gewebter Ehrgeiz.“ Für die Neuwahlen will man der Parole Bismarck's: „Kaiserliches Heer oder Parlamentsheer“ die andere gegenüberstellen: „Ist die Volksvertretung überflüssig oder nicht?“ Das wird schwerlich ziehen. Denn Jedermann wird sich fragen: War die Volksvertretung bisher, da wir doch auch unter Septennaten lebten, überflüssig oder nicht?

* **Berlin, 12. Januar.** (Der Reichstag) setzte heute die 2. Beratung der Militärvorlage fort. Abg. von Hellborn trat für die unveränderte Bewilligung der Forderungen ein. Mit der Bewilligung von jedem Mann und jedem Großen sei es nicht gethan, die Bewilligung müsse auch auf die nötige Zeitdauer erfolgen, und die Gewährung auf nur drei Jahre ergriffe die Grundlage der Armee. Was wir an Zahl hinter unsere Gegner zurückbleiben, müßten wir durch die Ueberlegenheit unserer militärischen Organisation ausgleichen. Die finanziellen Belastungen seien nicht unerträglich. Die vorgeschlagene Reichseinkommensteuer aber sei nur ein Anstoß demagogischer Aufreizung. Während dieser Rede war der Reichskanzler erschienen. Abg. Hasenclever meinte, die getragenen Reden des Fürsten Bismarck könnten nur in dem Vorles der Vorlage abgesehen; denn sie hätten bewiesen, daß die Gefahren von auswärts gar nicht so groß seien. Die eigentliche Gefahr der Vorlage liege vielmehr nach Innen gerichtet; die Fäulnis der Reaktion sollten scharf angezeigt und dafür ein gefügiger Reichstag gewonnen werden. Der Redner, dem eine Aeußerung, daß der Reichskanzler wegen seiner Angriffe auf das Parlament von seinem Platz verdrängt werden müsse, auch einen Ordnungsruf eintrug, übte dann seinen Spott an dem „Entrüstungssturm“ und dem Patriotismus der Freunde der Vorlage, der da aufhöre, wo der Selbstbeut anfangen. Hinfällig der taktischen Stellung seiner Partei theilte der Redner mit, die Socialdemokraten würden sich bei allen Anträgen in der zweiten Lesung der Abstimmung enthalten, um den häuslichen Krieg der anderen Parteien nicht zu stören und die Sache der Opposition nicht zu erschweren. Sie würden dann schließlich für den Dreijahresantrag Stauffenberg stimmen, damit derselbe in die dritte Lesung komme, endlich aber in dritter Lesung würden sie gegen das ganze Gesetz stimmen. Dann nahm der Kriegsminister von Probst das Wort, um in längeren Ausführungen auf die getragenen Reden der Abg. von Stauffenberg und Windthorst zu antworten und noch einmal die militärischen Gesichtspunkte darzulegen, welche bei jedem einzelnen Punkt der Vorlage maßgebend gewesen seien und unbedingt festgehalten werden müßten. Die Militärverwaltung habe sich bei ihren Forderungen sowohl hinsichtlich der persönlichen Lasten als der Kosten auf das Unerlässliche beschränkt. Namens der Reichspartei befürwortete dann Abg. Graf Vehr die Annahme der Vorlage. Abg. Windthorst suchte seine Partei gegen den Vorwurf der Windthorst mit Socialdemokraten und Demokraten zu verteidigen und antwortete dann auf die getragenen Ausführungen des Reichskanzlers bezüglich der Wiederherstellung des Königreichs Hannover. Die Festigkeit seiner Aeußerungen trug ihm einen Ordnungsruf ein. Dann suchte der Redner in langen und theilweise von sehr erregter Stimmung gezeigten Ausführungen die Bewilligung auf drei Jahre zu rechtfertigen, wobei er wiederholt mit dem „letzten Mann und letzten Großen“ operirte. Die Aussichten auf eine Verständigung schwinden während der gereizten Worte des Centrumsführers immer mehr. Zum Schluß ergriff wieder der Reichskanzler das Wort. Er legte dar, daß die Regierung sich unmöglich auf den guten Willen jedes folgenden Reichstags verlassen könne, angesichts einer so ungewissen, durch die verschiedenartigsten Elemente gebildeten und nur durch die Feindschaft gegen die Regierung einigermaßen zusammengehaltenen Majorität. Die weitere Rede des Reichskanzlers gestaltete sich zu einer gründlichen und für den Centrumsführer vernichtenden Abrechnung und einem nochmaligen ernstlichen Appell an den Reichstag, die Vorlage anzunehmen, unter Hinweis auf die kritischen Folgen der Ablehnung. Morgen wird die Verhandlung fortgesetzt werden.

* **Berlin, 13. Jan.** (Der Reichstag) verbandte heute den dritten Tag auf die zweite Beratung der Militärvorlage. Abg. Graf Moltke ergriff noch einmal kurz das Wort, um zu erklären, daß mindestens eine siebenjährige Frist der Bewilligung notwendig sei, da Stabilität und Dauer die Grundlagen aller militärischen Organisation seien und der Vortheil neuer Cadres erst im Laufe der Jahre wirksam werden könne. Abg. v. d. Decken verwarf die welfische Partei gegen den Vorwurf, die Wiederherstellung Hannovers auf anderem als gesetzmäßigem Wege erstrebe. Abg. Richter suchte die Deutschfreisinnigen wegen des augenblicklichen Zusammengehens mit dem Centrum und den Socialdemokraten zu rechtfertigen. Der Reichskanzler nehmte auch die Majoritäten, wo er sie finde, und sei dabei keineswegs wählbar. Das Centrum habe er bei manchem Erfolg, auf den er stolz sei, auf seiner Seite gehabt, z. B. bei der Zollpolitik. Dann vertheidigte der Redner die fortschrittliche Presse gegen den Vorwurf, wegen der bulgarischen Frage zum Krieg gegen Rußland gedrängt zu haben; sie habe nur die russische Einmischung in die bulgarischen Verhältnisse verhindern wollen. Die auswärtige Lage halte auch seine Partei für ernst, aber eine acute Gefahr könne nicht vorhanden sein, wenn der Reichskanzler wegen der Frage drei oder sieben Jahre den Reichstag aufzulösen wage. Kein Staatsmann habe noch jemals das eigene Parlament so herabgesetzt wie Fürst Bismarck. Und doch wolle der Reichskanzler materiell Alles bewilligen und sich nur vorbehalten, auf einen kleinen Theil der Forderung nach drei Jahren zurückzukommen. Wie könne man von einem „Parlamentsheer“ als Folge der Vorherrschaft seiner Partei sprechen, da doch bei der Marine, bei den Pionieren, Eisenbahnruppen, ja sogar beim Generalstab und Kriegsminister einjährige Bewilligung bestünde, ohne daß Jemand bisher davon Anstoß genommen habe. Selbst conservative Blätter hätten früher anerkannt, daß drei, fünf oder sieben Jahre ganz gleichgültig seien. An das Compromiß halte sich ja die Regierung selbst nicht. Wenn der Reichskanzler gesagt habe, die Regierung werde thun, was sie für nöthig halte, auch wenn die Wahlen ungünstig ausfallen, so habe er damit die reine Gewaltpolitik und den nackten Absolutismus proklamirt. Die Heranziehung des Kaisers in den Parteikampf könne das Ansehen der Krone nicht erhöhen. Die Plebisците hätten das Kaiserthum in Frankreich zu Fall gebracht. Abg. Wuhl sprach in

urzen man
age, deren
vanderkrieg
dargestan
sein, daß
farischen, A
Nede hatte
wieder das
legte die H
und erneue
wurft, daß
beht habe.
mit Rußlan
oder doch n
Fortbestand
auch nicht
kangler
fidert
Hannover
ifers an
dann, zum
Nede, welch
inden
durch wurd
Der Reichs
fassungsfra
schauung u
wenn eine
nicht zu Se
die Mittel
verweigere,
an den pre
der Kanzler
der Verfass
fache, daß
halten, die
oberung un
Windthorst
Deutschlan
wenigen W
auf die über
stelte für
sich der pre
Der Krieg
gegen und
die Lebens
anpreiden
Madermei
der Regieru
Abg. von
zeigte er d
Anträge de
werde. Sch
Partei gege
bulgarische
los darzule
Absticht zu
daß die Mo
sie erst auf
allerdings i
über die „C
Reihe von
schlossen un
der Bericht
morgen 1 U
die Auflösung
* **Polen.**
der Pol.
wird auch
tischen Lag
weit bestim
in den L
gebu gen l
Abstichten
sondern au
den Bespre
der Wächst
Ein bezüglic
netten hab
bevor und
Städien die
* **Barin**
minister th
phischen W
kommene G
thaltung v
stark versch
griffe bliek
wundt, f
getö-t, l
wundt. E
alsbald Be
Soo asen
* **Neu**
hundert S
in Wompor
hinderten
pagierten
nung nach
* **Ra**
Haute des
Abend gegen
Burschen vo
nachdem sich
arm davon
genommen, d
wiesen, wo
Hier fochten
gegenzeitig
□ Vom
des schon n
Die sonst f
in die Dörfe
der Fortsch
Futterpläze
eintretender
□ Vom
gewinnt in
Ortschaften,
jährlich 100
Unternehm
wandern geg
reich, Rußla
handeln mit
werden den
und große S
Weihnachten
widelt sich
Täschchen
wird vor, b
oder die Vor
aus auch Pe
halten und
* **Wie**
gewonnen
mit jedem Ja

ung.) Wie hat die Freiheit des jeden Großen; denn die Meinung des geforderten offen ausgedrückt ist, die Parteien nicht Beschluß des von hat mit Fortsetzung an-Taktiker ist immer un-Bevollmächtigung heutigen Gr-Entwurf des Centrum nach ihrer sind wahr-Position und rückt mon-Verlaufe gegenwärtig Richter am ß er nichts berechtigt-berufung der liberalen hen, — ein-unt: „So Neuwahlen des Heer oder die Volks-berlich zie-der Volks-ten lebten,

heute die 2. rff tat für Mit der „Be- nicht gethan, erfolgen, und runde Lage der Reichstages, den Organismen nicht uner- sei nur ein ede war der die getrigen ag befähigen, die Gefahren e Absicht der der Reaktion ag gewonnen Reichstagesler n Platz ver- übe dann Patriotismus ldeutlich an- theilte der n Anträgen en häuslichen der Oppo- den Drei- die dritte e gegen das von Bron- die getrigen n antworten egen, welche ewelen seien Verwaltung rverfönlchen Namens der nationen der den Vor- ten zu ver- hrungen des reichs Gan- Ordnungs- von sehr illigung auf dem „Leiten auf eine Ver- eichs Gan- undlich auf öhne, ange- ten Elemente ung einiger- des Reichs- n Centruns- nten Appell weis auf die Verhandlung

urzen martigen Worten für die unveränderte Annahme der Vor- age, deren beste Begründung darin liege, daß uns ein naher Re- vandekrieg mit Frankreich drohe, wie der Reichstagsler überzeugend dargelassen habe. Die Folge der freimüthigen Vorschläge wurde sein, daß die Armee fortwährend zum Gegenstand von parlamen- tarischen, Partei- und Wahlkämpfen gemacht wurde. Während dieser Rede hatte der Reichstagsler den Saal betreten und ergriff nun wieder das Wort. Er kam auf die bulgarische Angelegenheit zurück, legte die Haltung der deutschen Regierung gegenüber derselben dar und erneuerte auf Grund verschiedener Zeitungsausschnitte den Vor- wurf, daß die fortschrittliche Presse zum Krieg gegen Rußland ge- hegt habe. Und nun wolle dieselben Parteien, die uns in den Krieg mit Rußland treiben wollten, die Mittel zur Kriegsführung gar nicht über doch nur auf kurze Zeit bewilligen! Die Frage des sicheren Fortbestandes der deutschen Armee könne man nicht alle Jahre, auch nicht alle drei Jahre erneuern. Dann kam der Reichs- tagsler noch einmal auf die welsche Angelegenheit zurück und ver- sicherte, in dem Bündniß des Kaisers Napoleon mit dem König von Hannover sei ausdrücklich die Abtretung des ganzen linken Rhein- ufers an Frankreich ausgemacht gewesen. Abg. Windthorst ergriff dann, zum drittenmale in dieser Verhandlung, das Wort zu einer Rede, welche die früheren Angriffe des Reichstagslers abwehren sollte, indem nur eine Wiederholung früherer Versicherungen darstellte. Da- durch wurde Herr Bismarck nochmals auf den Kampfplatz gerufen. Der Reichstagsler ging wieder auf die von Windthorst erneute Ver- fassungfrage ein, entwickelte nochmals seine bereits vorgetragene An- schauung über den Zustand der verfassungsmäßig eintreten würde, wenn eine Vereinbarung zwischen dem Reichstage und der Regierung nicht zu Stande kommt, und stellte für den Fall, daß der Reichstag die Mittel für die notwendige Verstärkung der Armee dauernd verweigere, in Aussicht, daß sich der Kaiser als König von Preußen an den preussischen Landtag wenden werde. Im Uebrigen verführte der Kaiser, daß die verbündeten Regierungen streng auf dem Boden der Verfassung verbleiben würden, und beleuchtete nochmals die That- sache, daß die Regierungen an dem traditionellen Compromiß fest- halten, die oppositionelle Mehrheit des Reichstages aber auf Er- oberung und Machterweiterung absehe. Den nochmaligen Versuch Windthorst's, hinter den eigentlichen Inhalt des Bündnisses zwischen Deutschland und Oesterreich zu kommen, fertigte Herr Bismarck mit wenigen Bemerkungen ab. Gegenüber der Beugnahme Windthorst's auf die über Hannover von Otto Kopp veröffentlichten Documente stellte Herr Bismarck die demnachstige Veröffentlichung der im Be- sitz der preussischen Regierung befindlichen Actenstücke in Aussicht. Der Kriegsminister trat einigen Ausführungen Richters ent- gegen und wahrte mit großer Entschiedenheit den Standpunkt, daß die Lebensinteressen der Armee nicht vor parlamentarischen Macht- ansprüchen zurücktreten dürfen. Als Streben nach parlamentarischer Machterweiterung unter Ausbeutung einer vermeintlichen Nothlage der Regierung und des Vaterlandes charakterisirte dann auch der Abg. von Kardorff das Verfahren der Opposition. Sehr treffend zeigte er die innere Unmöglichkeit der Behauptung, daß durch die Anträge der Opposition „jeder Mann und jeder Großen“ bewilligt werde. Schließlich unternahm es Hr. Bismarck noch einmal, seine Partei gegen die verschiedenen Angriffe in Schutz zu nehmen. Den bulgarischen Vorfällen suchte er mit einigen Scherzen als höchst harm- los darzustellen. Den eigentl. Zweck der Militärvorlage schien er in der Absicht zu finden, eine gute Wahlparole zu erhalten. Die Verhöhnung, daß die Majorität nach parlamentarischer Machterweiterung strebe, sei erst ausgebracht worden, nachdem man sich überzeugen mußte, daß allerdings jeder Mann und jeder Großen bewilligt werde. Auch über die „Entzückungsbewegung“ hatte Herr Bismarck noch eine Reihe von Scherzen zur Verfügung. Dann wurde die Debatte ge- schlossen und nach Abmilderung der persönlichen Bemerkungen erhielt der Berichterstatter das Schlusswort. Die Abstimmung wurde am morgen 1 Uhr verlegt. Unmittelbar nach derselben erwartet man die Auflösung.

* **Wien**, 13. Jan. (Die politische Lage.) Nach einer der Pol. Corr. aus Paris von heute zugehenden Meldung wird auch in dortigen unterrichteten Kreisen die in der poli- tischen Lage eingetretene Besserung allseitig bekräftigt. Man will bestimmt wissen, daß das russische Cabinet aus seiner in den letzten Wochen beobachteten Unthätigkeit durch Rund- gebungen herausgetreten sei, welche nicht bloß die friedlichen Absichten des Kaisers von Rußland von neuem bekräftigten, sondern auch geeignet seien, der Wiederaufnahme der stocken- den Besprechungen zur Herbeiführung einer Verständigung der Mächte in der bulgarischen Frage die Wege zu ebnen. Ein bezüglicher Meinungsaustausch zwischen einzelnen Cabli- netten habe entweder schon begonnen oder stehe unmittelbar bevor und biete diesmal bessere Aussichten als in früheren Stadien dieser Frage.

* **Paris**, 11. Jan. (Aus Tonking.) Der Kriegs- minister theilte dem Ministerrathe den eingegangenen telegra- phischen Bericht über in Tongking anfangs Januar vorge- kommene Ereignisse mit. Hiernach hatte eine zahlreiche Ab- theilung von Soldaten sich in Cham-Hoa gesammelt und stark verschanzt. Zwei gegen die Befestigung gerichtete An- griffe blieben erfolglos; hierbei wurden vier Offiziere ver- wundet, fünf europäische und acht tonkinische Soldaten ge- tödtet, 15 europäische und 28 tonkinische Soldaten ver- wundet. Unter dem Befehle des Obersten Briffon wurden alsbald Verstärkungen an Artillerie und Infanterie nach Cham- Hoa entsandt.

* **New-York**, 12. Jan. (Arbeiterunruhen.) Acht- hundert Schiffsaufloader, welche an dem Chesapeake-Ohio-Kanal in Newport gearbeitet und die Arbeit eingestellt hatten, ver- hinderten 3 000 Arbeiter, die Arbeit fortzusetzen. Vier Kom- pagnien Miliztruppen sind zur Wiederherstellung der Ord- nung nach Newport entsandt worden.

Locales von Sieg und Lahn.

— **Klafeld**, 12. Jan. (Meße-affaire.) Die Straße vor dem Hause des Wirthes S. in Klafeld hat am vergangenen Sonntag- Abend gegen 7 Uhr ein entsetzliches Schauspiel dar. 5-6 junge Burichen von Dillnhütten und Klafeld lagen blutend im Schnee, nachdem sich dieselben vorher mit Messern gegenseitig bearbeitet hatten. Einer der jungen Leute soll 5 Stiche im Kopf und einen Arm davongetragen haben. Der Streit hatte im S.ichen Hause be- gonnen, der Wirth hatte die Streitenden jedoch vor die Thüre ge- wiesen, wo auch noch Drohungen gegen denselben ausgesprochen wurden. Hier suchten die Kaufleute nun mit den Messern den Kampf gegenfeitig aus. So schreibt wenigstens der Sieger. Volkstz.

□ **Vom Wetterwald**, 12. Jan. (Das Wild) leidet infolge des schon wochenlang die Fluren bedeckenden Schnees große Noth. Die sonst so ieden Thierchen kommen vom Hunger getrieben selbst in die Dörfer, wo ihnen nicht immer schon mitgeteilt wird. Pflicht der Forstbehörde und Jagdbesitzer wäre es durch Anlegung von Futterplätzen den armen Thieren zu Hilfe zu kommen. Bei etwa eintretender bedeutender Kälte müssen diese sonst zu Grunde gehen.

□ **Vom Wetterwald**, 12. Jan. (Der Hausierhandel) gewinnt in unserer Gegend mit jedem Jahre an Ausdehnung. Aus Ortschaften, wie Friedhofen, Langendernbach, Jemtraut u. c. geben all- jährlich 100-200 Personen — oft ganze Familien — ins Land. Unternehmungslustige „Herren“ bringen sich 10-20 junge Leute, wandern gegen Frühjahr (Februar) nach der Schweiz, nach Frank- reich, Rußland — kurz nach allen Richtungen der Windrose — aus, handeln mit allen nur denkbaren Artikeln. Die ländlichen Arbeiten werden den Verwandten ge- gen entsprechende Bezahlung überlassen und große Stille herrscht in den entleerten Ortschaften. Kurz vor Weihnacht kehren unsere „Landgänger“ wieder zurück und da ent- deckt sich ein Treiben, daß man meinen sollte, alle Taschen und Taschen seien mit purem Golde gefüllt. Leider kommt es aber nicht selten vor, daß der Beginn der nächsten Campaigne die guten Freunde oder die Wirtshäuser des Reisegeld liefern müssen. Wohl sind uns auch Personen bekannt, die ihren schönen Verdienst zu Rathes halten und sich ein Kapitalchen sparen, bei gar vielen heißt es aber: „Wie gewonnen, so zerronnen.“ Zudem gehen die Kaufsergeschäfte mit jedem Jahr schlechter, weil, wie unsere Landgänger selbst sagen,

„alles läuft.“ Welchen nachtheiligen Einfluß das „Landgehen“ in moralischer Hinsicht ausübt, davon könnten wir manches berichten, wollen es aber für heute übergehen und nur unserer Meinung Aus- druck geben, daß es für manchen besser wäre, sich mit seiner Hände Arbeit sein Brod zu verdienen.

□ **Von der Dill**, 12. Jan. (Flüchtig. Prüfung.) Lehrer Karl Behl, aus Herborn ist flüchtig. Gegen denselben ist die Unter- suchungshof wegen Verbrechen gegen die Sittlichkeit verhängt. — Am 1. Febr. wird zu Dillenburg eine Prüfung über die Befähigung zum Betriebe des Fußbeschlaggerwerbes abgehalten. Auch zu Wies- baden, Diez und Frankfurt finden solche Prüfungen statt und zwar am 2., 12. resp. 15. Februar.

* **Weglar**, 11. Jan. (Parrwahl.) In Dorlar wurde heute Herr Candidat Waldmann aus Hamm a. d. Sieg zum Pfarrer gewählt.

□ **Wiedenkopf**, 8. Jan. (Ein Bäuerlein in Noth.) Ein Bäuerlein verlehrt gestern einen Theil der hiesigen Stadt in nicht geringe Aufregung; dasselbe hatte Geld wegzukindeln und sich zu diesem Zwecke auf einem Comptoir 1200 M. in Papiergeld um- wechseln lassen. Letzteres wurde ihm, in einen Briefumschlag ver- schlossen, übergeben. In einer Wirthschaft wollte der Bauer die notwendigen Siegel anlegen, aber Schreden über Schreden! der Briefumschlag mit seinem werthvollen Inhalt ist und bleibt ver- schwunden. Ueberzieher und alle Taschen werden auf das genaueste untersucht; an den Orten, wo man zwischen durch verkehrt hatte, wird nachgefragt; die Rucksäcke werden in Bewegung gesetzt und der ehrliche Finder um Rückgabe gebeten; aber alles ist vergebens! Höchst niedergelassen kommt unser Bäuerlein in die Wirthschaft zurück, um seinen zurückgelassenen Ueberzieher abzuholen und nochmals seine Noth zu klagen. Da bemerkt einer der Gäste ein verdächtiges Ge- räusch und bei genauerem Nachsehen findet man den Briefumschlag mit Inhalt im Ueberzieher, aber nicht in der Tasche, sondern im Marmeladeschalen, in welchen ihn unser Bäuerlein, ungewohnt, mit einem solchen Kleidungsstück umzugehen, gesteckt hatte. Das Ge- schick in solchen Fällen ist natürlich. (M. K.)

* **Womelsdorf**, (Fruchtbarkeit.) Ein vor wenigen Tagen geschicktes Schwein des Herrn Müller Kaiser hier selbst brachte das ansehnliche Gewicht von 520 Pfund auf. Das Thier war 2 Jahre und 3 Monate alt.

□ **Aus Passau**, 11. Jan. (Polnische Lehrer.) Durch die Errichtung zahlreicher neuer Schulfestellen ist ein großer Mangel an katholischen Lehrern im Regierungsbezirk Wiesbaden eingetreten. Diefem Mangel sucht man durch junge Lehrkräfte aus den west- preussischen Kreisen Königs, Neustadt u. c. abzuheben. So viel uns bekannt ist, sind schon 4 Schulfestellen durch polnische Lehrer besetzt worden (Oberlabenstein, Montabaur, Mittelhofen und Weinähr); auch nach der Rheinprovinz sind schon einige Lehrer von der Ost- grenze verlegt. Ob nun auch, wie früher verlautete, Lehrer aus unserer Gegend „zur Befestigung des Deutschthums“ nach dem Osten expedirt werden, wird die Zeit lehren. Bis jetzt sind uns derartige Verlegungen nicht bekannt geworden. Im evangelischen Schulamt- kandidaten herrscht bei uns 3. Ueberzählung, weshalb dieselben oft 6 bis 10 Monate und länger auf Anstellung warten müssen. Wie wir aus sicherer Quelle wissen, haben sich mehrere im nächsten Monat vom Seminare zu Ulting abgehende Schulfeststellern um Stellen im Darmstädterischen benorben. Vielleicht wäre mancher nicht abge- neigt, auch eine Stelle im Osten anzunehmen.

Vermischtes.

— **Ferlohner**, 10. Jan. (Festsetzung.) Zwischen dem Ferlohner Ost- und Westbahnhof fand gestern Abend kurz vor acht Uhr ein großer Fest- sturz in den Augenblicke statt, als der fällige Personenzug heran- kam. Mit einem furchtbaren Knack sprallten die herabstürzenden Felsmassen auf das Bahngleise und die Lokomotive, die letztere vollständig zerstörend und zertrümmert. Der Zug stand sofort still, was in Verbindung mit der furchtbaren Erschütterung die Passa- giere mit panischem Schrecken erfüllte. Es ist ein wahres Wunder, daß größeres Unheil verhütet wurde. Nur einige Passagiere haben leichte Quetschungen erlitten. Die Strecke ist auf mehrere Tage ge- sperrt. (K. 3.)

— **Mannheim**, 12. Jan. (Das Urtheil.) Heute ist in Sachen des Duells Köster-Scheele das kriegsgerichtliche Urtheil verkündet und durch dasselbe der Banquier und Premier-Lieutenant Köster zu zweijähriger Festungshaft verurtheilt worden.

— **Bremen**, 10. Jan. (Ueber das Schiffsal des in West- afrika reisenden Herrn Lüderitz) ist man hier in Verfolgung. Derselbe war nach den letzten von ihm eingetroffenen Nachrichten den Drangestuf hinabgereist und an der Mündung am 20. Oktober angekommen. Von dort hatte er zu Schiff (in einem kleinen Fahr- zeug) nordwärts nach Angola Pequena segeln wollen. Als er aber bis zum 6. Dez. nicht angekommen war, rüstete man die „Meta“ aus, um ihn zu suchen. Bisher blieb dies erfolglos. Es ist aber durch- aus nicht gewiß, ob Herr Lüderitz den allzukühnen Versuch, durch die See nach Angola Pequena zu fahren, wirklich ausgeführt hat. Es ist nicht unmöglich, daß er ihn gar nicht angestellt oder schnell wieder aufgegeben hat und nach dem Drangestuf zurückgekehrt ist, wo er mit verhältnismäßig großer Sicherheit reisen konnte. Auch könnte er von einem vorübergehenden Schiffe aufgenommen sein. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß er sich ganz wohl befindet. (Eine zweite Bremer Depesche vom 10. meldet, daß Herr Lüderitz in der Nähe des Drangestufes gestorben sei. Doch widerspricht die Wes- f. Ztg. dieser Nachricht. D. K.)

— (Ein feltamer Ehrenbeleidigungsprozeß) beschäf- tigte dieser Tage das Gericht in Birmingham. Bei einem Polter- abende, der im Hause des Bankiers Dury in B. stattfand, lernte der 22-jährige Schauspieler Edwin Thornton Miß Mary Holmes, eine 37-jährige Verwandte des Hausheeren, kennen. Beim Champagner- ersuchen ihm die Dame so häßlich und jung, daß er sie zur ersten Qua- drille engangirte, allein als man aus dem dunstverfüllten Saale in die helle Althosphyäre des Tanzsaales gelangte, alterte Miß Mary in seinen Augen so sehr, daß er sein Verprechen ignorirte, sie bei der Quadrille ruhig auf ihrem Plaze ließ und zu diesem Zwecke ein reizendes Vordächchen geleistet. Miß Holmes unterließ es, dem Treulosen eine Scene zu machen; sie folgte die Sache ernster auf und verklagte denselben auf Ehrenbeleidigung. Sie selbst vertritt an der Seite ihres Advokaten, den sie nicht zu Worte kommen läßt, ihre Klage. Schmerzhaft beginnt sie: „Ein Engagement zum Tanze ist wie ein Verlöbniß. Man bindet damit sich und den Andern; löst man es, so jagt man dem Partner damit auf deutliche Weise: „Du und Deine Gesellschaft, Ihr seid mir diese Viertelstunde nicht werth.“ Und wenn das keine Ehrenbeleidigung ist, dann gibt es überhaupt keine auf der Welt. Eine Grobheit, ein hingeworfenes Wort wiegen viel weniger schwer, als solch ein Vergehen. Das Sihen während einer Quadrille sagt allen Anwesenden deutlich: „Schau euch die dort an der Wand an, die ist alt, häßlich, langweilig, sonst hätte sie jemand zum Tanze geführt. Nun, ist solch ein Zeugniß eine Ehren- beleidigung?“ Mr. Thornton nimmt die Sache weniger tragisch. Leichtfertig bemerkt er: Beim Engagement dachte ich gar nicht, daß das Fräulein überhaupt noch tanzt, ich hielt das Ganze für einen Scherz, jede Beleidigung lag mir fern. Gerne verpflichte ich mich aber im herannahenden Carneval zu drei Sühne-Quadrillen.“ Miß Holmes lehnt diesen Ausgleich empor ab; der Gerichtshof aber sieht sich nicht veranlaßt, in einer so unbedeutenden Angelegenheit ein Urtheil zu sprechen und weist Miß Holmes mangels an Klage- material ab.

* **Madrid**, 10. Jan. (Der Alcazar. Unfall der Prin- zessin Jiaabella.) Das altherühmte Bauwerk des Alcazar Toledos (der schönste der 4 dortigen Alcazars, augenblicklich als Militär- akademie benutzt) ist heute Nacht abgebrannt. „Viele“ Menschen sollen in den Flammen umgekommen sein. — Die Königin und die Regierung sind heute Nacht in großer Sorge um die Infantin Jia- bella gewesen. Dieselbe hatte mit einigen Freundinnen einen Jagd- ausflug gemacht; in einer unbewohnten Gegend brach der Wagen und die Prinzessin wurde dadurch verunruhigt. Von Madrid wurden Boten über Boten entsandt, bis endlich die Infantin in später Nacht aufgefunden wurde. Schon hatten sich die beunruhigendsten Gerüchte in der Hauptstadt breit gemacht.

— (Prediger auf dem Veloziped) sind auch eine aller- neueste Zeiterscheinung. In den Vereinigten Staaten Nordamerikas zählt man schon beinahe 300 geistliche Velozipedisten, darunter über 20 Doktoren und Professoren der Theologie, viele hervorragende Pastoren, wie den Ermenachprediger Pentecost in Brooklyn u. i. m. In England, in Liverpool z. B. kann man ebenso Pfarrer ver- schiedener Gemeinschaften auf diesem eigenthümlichen Fahrzeug durch die Straßen fliegen sehen zu Komiteesitzungen, Krankenbesuchen u. i. m. Auch im Schweizerland hört man bereits da und dort von einem Pfarrer, der sich denselben bedient, um „aufs Filial zu kommen“, in

einer verwaisten Nachbargemeinde anzuhelfen, überhaupt seine Amts- und Privatwege zu kürzen.

— (Ein berühmter Arzt), der an die Unfehlbarkeit seiner Wissenschaft glaubt, behandelte kürzlich einen Kranken und bemerkte mit Vergnügen, daß derselbe alle seine Anordnungen mit der größten Gewissenhaftigkeit befolgte. „Sie sind es werth, krank zu sein!“ erklärte er eines Tages dem Patienten, indem er ihm in warmer Anerkennung die Hand drückte.

— (Folgendes Scherz) verübt der Pariser „Gaulois“: Ein armer Teufel von Gatte beklagt sich unter vier Augen bei einem Freunde bitter über den Geiz seiner Frau. „Sie wirft mir sogar das Wasser vor, das ich trinke“, sagt er. „Das ist noch nichts“, ent- gegen der Freund, der ein rothes Gesicht und eine noch röhre Nase trägt: „Die Meinige wirft mir sogar das Wasser vor, das ich nicht trinke!“

Personenstandsnotizen der Stadt Siegen.

Geborene.

- Jan. 7. Anna Luise Maria, T. d. Eisenbrechers Wilhelm Wilhelm, Hain, kath.
5. Alfred, S. d. Maschinisten Wilhelm Giesler, Grube Hohl- stein, ev.
3. Alma Vifette Elise, T. d. Schreiners Gust. Freund, hier, ev.
3. Georg Aug. Paul, S. d. Formers Theodor Hoft hier, kath.
3. Emma Nina, T. d. Fabrikarbeiters Hermann Breitenbach, Hain, ev.
2. 1 T. d. Schlossers Carl Flecher hier, ev.
2. Albert Kurt, S. d. königlichen Regierungsbaumeisters Albert Wehner hier, ev.
3. Georg Heinrich Paul, S. d. Berg-Revier-Diätars Carl Meier, Hammerhütte, ev.
2. Friedrich Gustav, S. d. Schuhmachermeisters Jacob Gold- schmidt hier, ev.
11. Henriette Maria Martha, T. d. Anstreichers Franz Vichten- hagen hier, kath.

Verheirathete.

- Jan. 8. Eisenbahnarbeiter Jakob Baum, mit Marie Elisabeth Stahl hier, kath.

Gestorbene.

- Jan. 6. Heinrich Friedrich, S. d. Malers und Anstreichers Heinrich Winter jr. hier, 2 J. 8 M. 6 T., ev.
8. 1 todtgeb. T. d. Gerbers Friedrich Wurmloch hier, ev.
7. Jacob Heinrich, S. d. Maurers Jacob Wagener hier, 1 J. 6 M. 5 T., ev.
7. Wittwe Bergmann Philipp Jungblut, Katharina geb. Baldus hier, 62 J., kath.
8. Emma, T. d. Realgymnasiallehrers, Doctor der Philosophie Hermann Friedrich Schlag hier, 6 J. 11 M., ev.
10. Brauer Albert Hugo Reinhold Schide von Marienborn, 35 J., kath.
11. Bergmann Pietro Giacometto-Prolin, Schneppenfanten, 48 J., kath.
11. 1 todtgeb. S. d. Schlossers Heinrich Schmidt, Sieghütte, ev.

Aufgeborene.

- Jan. 7. Bergmann Friedr. Ludwig Aberhold, mit Luise Born hier.
10. Fabrikarbeiter Friedrich Heinrich Klein zu Sieghütte, mit Luise Wode zu Heudingen.
11. Comptoirist Heinrich Ernst Rüd hier, mit Clara Emilie Caroline Scholl zu Wiesbaden.
11. Gerber Heinrich Karl Söding hier, mit Wilhelmine Wagener zu Volmsberg.
12. Fabrikarbeiter Jacob Brück, Sieghütte, mit Katharina Möller hier.

Handel und Industrie.

B Siegen, 10. Jan. Saareisen-Preis seit dem 7. Jan. M. 104, Trägereisen seit dem 7. Jan. M. 95 per 1000 Ko. (Siegener Niet- eisen-Qualität kostet M. 25 per 1000 Ko. mehr als Saareisen), alles ab Wert, Basis Neunkirchen bei Saarbrücken.

* **Siegen**, 10. Jan. Die Londoner Notirungen betragen am 7. Jan.: Kupfer Chitbarren 39 L. 7 S. 6 D., Matter-Schluppreis 39 L. 7 S. 6 D. bis 39 L. 15 S., Blei, englisches 12 L. 17 S. 6 D., spanisches 12 L. 12 S. 6 D., Zink, spezielle Marken 14 L. 7 S. 6 D., gewöhnliche Marken 14 L. 5 S., Silberbarren 46 1/2 Pence.

* **Siegen**, 10. Jan. Die Notirungen in London betragen am 8. Jan.: Kupfer Chitbarren 39 L. 7 S. 6 D.; Blei, englisches u. spanisches unverändert; Zink, spezielle Marken 14 L. 10 S., gewöhnl. 14 L. 7 S. 6 D. Silberbarren 46 1/2 Pence.

Siegen, 10. Jan. (Die heutige Eisen-Wörre) war lebhaft besucht und theilen wir die Preise der verschiedenen Rohstoffe, halb- und fertig-Erzzeugnisse in folgendem mit: Rohes Spat la. M. 9, dto. la. 8.5-8.6, Gerösteter Spat la. 12-13, dto. la. 11.2-11.6, Brauneisenstein M. 9.5-9.6, Glanzeisenstein M. 10.8-11, Spiegel- eisen 8/10 M. 49-50, dto. 10/12 M. 53, dto. 12/14 M. 55, dto. 14/16 M. 59, Puddeleisen M. 48-50, Ruppen M. 80, Wlech (geschweißt) M. 135-140 (Grundpreis), Gote M. 6-6.6, Patentcoke M. 8.

Briefkasten.

Menschenfreund. Augenblicklich ist der beschränkte Raum unseres Blattes durch die Politik so sehr in Anspruch genommen, daß nur für den — übrigens vortrefflichen — Artikel sein Plaz übrig ist. Wir legen ihn darum bis zu gelegener Zeit zurück. Warum aber den Wunsch uns anonym übermitteln?

Einer, der sein Vaterland lieb hat. Freundlichen Dank für die — auch anonym — gesendete Anerkennung. Vielleicht bricht sich gerade in der jetzigen erregten politischen Lage die Ueber- zeugung Bahn, daß die feinerzeitige Begründung der Sieg-Lahn- Zeitung auch ihre Begründung hatte. Das überlieferte Gedicht lassen wir an dieser Stelle folgen:

Wenn der Sturm durchs Land thut jagen,
Und der Schnee die Flur bedeckt,
So ist dies noch zu ertragen
Und man soll darob nicht klagen,
Denn zur rechten Stunde weckt
Schon der Schöpfer neues Leben,
Und nach diesen Stürmen heben
Schöne Frühlingstage an.

Doch wenn in dem Vaterlande
Männer, die vom Volk gewählt,
Statt zu schaffen feste Bande,
Alle Kräfte daran wandte,
Wie man deutsche Ehre schmälzt,
O, dann wird man wohl erbittert,
Deutsche Männer, nicht erzittert,
Zeigt was deutsche Ehre kann.

Telegraphische Depeschen der Sieg-Lahn-Zeitung.

* **Berlin**, 14. Jan. (Reichstag.) Antrag Stauffenberg auf 3jährige Bewilligung der von der Regierung geforderten Präferenzziffer wird in nament- licher Abstimmung mit 186 gegen 154 Stimmen angenommen. Die Konservativen, die Reichspartei und die National Liberalen stimmen dagegen. Sozial- listen, die meisten Elsässer und der Däne Johannsen enthielten sich der Abstimmung. Hierauf verlas der Reichstagsler eine kaiserliche Botschaft, wodurch der Reichstag aufgelöst wird.

Für den erblindeten Arbeiter gingen ferner ein: Dohlfaden 25 M., R. N. 3 M. Fernere Gaben werden gerne entgegengenommen.

Indem ich nachstehend die §§ 20 und 23 **der deutschen Wehrordnung** zur öffentlichen Kenntniß bringe, fordere ich **alle militärpflichtigen jungen Leute hievorts**, also diejenigen, welche in dem Zeitraum vom 1. Januar 1895 bis zum 31. Dezember 1897 und früher geboren sind, sofern über ihre Dienstpflicht seitens der Ertz-Ähörden eine einseitige Entscheidung **nicht** erfolgt ist, hieburc auf ihre Anmeldung zur Rekrutirungs-Stammrolle **in der Zeit vom 15. Januar bis zum 1. Februar a.** während der gewöhnlichen Büreaustunden auf **Zimmer Nr. 5 des Rathhauses** zu bewirken.

Die zum **einjährig freiwilligen** Dienst Berechtigten haben sich bei der Ertz-Kommission (Königl. Landraths-Amt hier) jährlich oder mündlich zu melden und unter Vorlegung ihres Berechtigungs-Scheines ihre Zurüststellung von der Aushebung zu beantragen.

- Der Bürgermeister
Delius.

Der Vorstand.

etts
Preisen
arkt.

eigerung.

postfretung sollen
von Siegen Band
in Namen der Ehe
einreich. Schmeid
1867. früher in
gen, eingetragene
2615/803 Steuer-
stehendem Wohn-
er Bahnhoftstraße),
Eheleute Schmeid
in Siegen, Band 65
in Parzelle für B
Siegenhauweg)

Vorn. 9 Uhr,
richtig, an Gerichts-
sicherheit werden.
1005 M. Nutzungs-
veranlagt.
errolle, beglaubigte
chäfts, etwaige
re die Grundstücke
i, sowie besondere
in der Gerichts-
eingesehen werden.
e Theilung des

Vorn. 11 Uhr,
et werden.
et 1886.
Amtsgericht.

ffen-Lotterie.

4. Klasse 175.
stestens den 17. Jan.
bei mir abzuholen.
Klingspor,
Lotterie-Einnehmer,
tor der Firma
Gelhauser & Comp.

ts-Lotterie.

4. Klasse 175.
stestens den 17. Jan.
bei mir abzuholen.
Klingspor,
Lotterie-Einnehmer,
tor der Firma
Gelhauser & Comp.

achung.

Welche noch For-
des hiesigen
werden hier
rechnungen
d. Wts.
Inspector Herrn
geben.
1887.
rwaltung.

ur echt
Zehnmarken-
Dr. Lieber's
Kraft-Elixir
aus süssen Seltung
den Nervenleiden,
Augenverletzungen
und aller Schwäche-
Angelegenheiten,
Kräfteverlust, Magen-
werden etc.
-Elixir, aus dem
Bestandtheile, nach dem
mod. Wissenstand,
Manges zusammen-
die volle Garantie
haben. Alles Nähere
ertheilt die Circula-
anze Fl. Nr. 9, -
abnahme.
Schulz, Man-
Depot:
phothie in Köln,
zu beziehen durch
en (en gros). -
orf. - J. W.
born. - Carl
burg. - Heinr.
- Jof. Schmidt

n Grombach
ben.
Reckermann,
Bundart und
tsbesser.
einem strebamen
gen Mann Hand-
einer Werkstätte
schäftes gegen 6%
t. Expedition diese

B e. B.

1. Abends 6 Uhr,
1. Abends 6 Uhr,
1. Abends 6 Uhr,

ottesdienst

gen.

Januar 1887.

phanlas.

vorlaender.

hagen.

hagenbach.

tige ev. Theologie

r. Oskar Born. Verleger,
tion von G. Buchholz.

Sieg-Lahn-Beitung.

Organ für die landwirthschaftlichen und gewerblichen Interessen des Sieg- und Lahngebietes.

Nr. 6.

(Zweites Blatt.)

Siegen, Samstag, 15. Januar

1887.

Fürst Bismarck zur Militärvorlage.

* Die große Rede des Reichskanzlers vom 11. d. kennen die Leser bereits ihrem Wortlaut nach. In derselben Sitzung ergriff der Fürst noch zweimal das Wort. Zuerst nach dem Abgeordneten Hobrecht:

Ich habe in der Hauptsache noch mal um das Wort gebeten, um eine Vergessenheit wieder gut zu machen, die ich vorher bei der Reichstagsvorlage des Gesetzes begangen habe. Ich habe die Fälle, in denen wir, meiner Ansicht nach, unter Umständen einen Angriff von Frankreich zu erwarten haben, nicht vollständig klar gestellt, wie ich beabsichtigte; ich habe nur den Fall erwähnt, daß eine französische Regierung aus Ruder kommen könnte, die glaubte, uns an Küsten und Kraft so weit überlegen zu sein, daß sie des Sieges sicher wäre, wenigstens dieselbe Sicherheit hätte, welche die französische Armee im Jahre 1870 hatte, als sie gegen uns in den Krieg zog; ich habe einen anderen Fall, bei dem eine solche Siegesicherheit gar nicht so absolut notwendig ist, und den ich erwähnen wollte, übergegangen, einen Fall, der doch ein ziemlich breites Feld in den Konjunkturen einnimmt, die wir machen müssen, wenn wir auf Alles gerichtet sein wollen. Das ist der Fall, daß ähnlich wie unter dem dritten Napoleon die Unternehmungen nach Außen hin als ein Sicherheitsventil für die inneren Angelegenheiten dienen sollten (Sehr richtig! rechts), daß man im Innern gewissermaßen nicht mehr weiß, wo aus noch ein, daß man in der Verlegenheit ist, aus der man sich dadurch zu ziehen sucht, daß man auf keinen friedlichen Nachbar einhakt. Es wäre das namentlich ja möglich, wenn in Frankreich eine Regierung von militärischen Neigungen aus Ruder käme. (Hört, hört! rechts.) Ich will noch gar nicht sagen: eine militärische Diktatur, aber doch eine Regierung, die sich sagte: ich weiß nicht, wo wir uns, wenn wir lediglich die inneren Fragen ansehen, hier werden halten können; wenn es uns aber gelingt, einen populären Krieg zu entzünden, so haben wir immer noch die Chance, daß wir uns halten, wenn wir siegen; werden wir geschlagen, dann ist es nicht schlimmer, als wenn wir so zur Abtretung genöthigt werden, und wir haben dann wenigstens die ganze große Tragfähigkeit des französischen Patriotismus, der auch für eine geschlagene Regierung unter Umständen Partei nimmt, und der sich entzündet, wenn Frankreich im Krieg ist. In Frankreich ist eine Bedenkenart: dieser Regierung keinen Großen, und wenn der Feind auf dem Kreuzberg steht! — ja absolut unmöglich! (Sehr richtig! rechts.) Da stellt sich jeder Franze; der päpstliche Zuaue und der Sozialdemokrat dienen alle unter einem Regiment, sowie das Vaterland in Gefahr ist. Bei uns — ich kann nicht finden! (Murren im Centrum und links.) — Doch? glauben Sie? Ich will es abwarten. Also diese Möglichkeit liegt doch auch vor. Wenn Napoleon III. den Feldzug 1870 gegen uns, einen großen und schweren Krieg, der ihn den Thron kostete, — in keiner Weise durch das Ausland genöthigt, unternahm, lediglich weil er glaubte, daß das seine Regierung im Innern befestigen würde, — warum sollte dann nicht J. B. der General Boulanger, wenn er aus Ruder käme, dasselbe versuchen? (Sehr richtig! rechts.) Napoleon hat das gemacht, warum sollten es seine Nachfolger nicht machen; wenn wir uns eine Militärdiktatur in Frankreich als möglich denken — und sie ist so oft dagewesen — warum sollte es nicht sein? Nachdem ich einmal das Wort genommen habe, möchte ich dem Herrn Vorredner noch auf eine Frage erwidern, die er sich nicht angeeignet hat, aber die er doch wiederholt gestellt hat: warum eigentlich das Ende des Septennats nicht abgemakelt werde. Nun es ist ja das eigentliche Septennat an sich doch mit der Augmentation, die wir haben wollen, nur eine Berechnung auf eine Zukunft, die wir möglichst fern wünschen, der gegenüber wir aber genöthigt sein müssen. Aber eins glauben wir doch gleich, vom 1. April 1887 in Aussicht nehmen zu sollen: das ist die Verstärkung unserer Grenzbesatzungen, die stärkere Befestigung der Vogeien, Jura- und anderer Pässe und namentlich auch der Schwarzwaldbasise gegen den möglichen Einbruch über das, was wir die trouee de Belfort nennen. Diese Verstärkung schon vom 1. April d. J. ab in Wirksamkeit treten lassen, können wir budgetmäßig nicht, wenn wir nicht Ihre Bewilligung haben; die Mittel dafür, um so viel mehr Umlauber, Dispositionen heranzuziehen, haben wir nicht. Wenn durch eine Auflösung, die das zwischen träte, die Zeit vergehen sollte, so würde die Regierung vielleicht sich genöthigt sehen, von den Möglichkeiten, die ihr das Militärgesetz bietet, momentan, weil sie fürchtet, die Kriegsgesetze zu verfallen, Gebrauch zu machen, und nachher die Jeminität dafür zu fordern haben. Ich habe vorher schon gesagt, der Ausbruch des Krieges kann zehn Jahre dauern, er kann aber auch in zehn Tagen eintreten. Wenn er nun in zehn Wochen eintritt, dann müßten wir schon die 40 000 Mann zur Verfügung haben, und selbst wenn wir uns mit diesem Reichstage über das, was wir für unentbehrlich halten für die Sicherheit Deutschlands, nicht einigen sollen, würden wir doch gewisse Vorkehrungen schon treffen müssen, wenn gegen unsere Ueberzeugung das gegenwärtige friedliche gestimmte Ministerium in Frankreich früher abtreten sollte, als wir wünschen. Wir wünschen ihm eine möglichst lange Dauer, weil wir glauben, daß, so lange dies Ministerium dauert, wir Friedensstörungen nicht zu befürchten haben. Sie können mir darauf vielleicht mit einem Recht erwidern: Wenn eine so wichtige Frage vorliegt, wo die Sicherheit des Reichs auf dem Spiele steht, dann hätte man die Bevölkerung schon früher darauf vorbereiten müssen, vielleicht schon vor zwei Jahren bei den Wahlen. Wir hatten aber immer noch die Hoffnung, daß es uns gelingen würde, die Stimmung in Frankreich zu befähigen. Nachdem wir indeß 16 Jahre uns vergeblich bemüht haben, die Revandeeideen zu beseitigen, und abgemakelt haben, ob nicht endlich eine Regierung sich fände, die den Muth und die Kraft habe, den status quo, wie er ist, als einen dauernden zu acceptiren, haben wir uns schließlich doch fügen müssen, daß es loves labor lost wäre, daß unsere Liebesbemühungen ganz umsonst gewesen find; wenn sie nicht notwendig gewesen wäre, um die Zustimmung des Reichstags zu gewinnen, wäre es mir lieber gewesen. Ich weiß auch nicht, ob ich sie gewinnen werde. Sie hätten also vielleicht verlangen können, wir hätten früher auflösen sollen, ad hoc für diese Frage, damit die Wähler in der Lage seien, zu wissen bei den Neuwahlen: es handelt sich darum, ob die Sicherung gegen auswärtige Angriffe verstärkt werden soll, oder ob sie nur die gegenwärtige unzulängliche bleiben soll. Es ist ganz richtig, man muß für eine so wichtige Frage eigentlich vorher auflösen und die Neuwahlen ad hoc veranlassen. Wir sind überhaupt viel zu ängstlich in Bezug auf die Auflösungen (Sehr richtig!) In England löst man jeden Donnerstag ein Parlament auf, wenn man glaubt, mit dem Nachfolger sich leichter verständigen zu können als mit dem gegenwärtigen. Darauf bin ich jedoch nicht gekommen. Ich rechne auf gemeinsame Arbeit, nicht auf Parteieinwürfe. Unterlieben ist die Auflösung hauptsächlich deshalb, weil wir gar nicht darauf gefaßt waren, daß diese mächtigen Forderungen für die Verstärkung der Wehrkraft überhaupt auf Widerstand stoßen würden. Gätten wir das vorher mit einiger Sicherheit wissen können, so hätten wir allerdings mehr Zeit gewonnen, wenn wir uns in einer kaiserlichen Proklamation an das Volk gewandt hätten, auf die Bedenken der militärischen Autoritäten darin aufmerksam gemacht und die Wähler klar vor die Frage gestellt hätten, wollt ihr, daß Deutschland stärker geschützt werde, als es bisher gewesen ist, oder wollt ihr es nicht? Das ist nicht geschehen. Es wird aber unzweifelhaft geschehen müssen, wenn Sie uns nicht in den Stand setzen, diesen Schutz zu verwirklichen (Bravo! rechts).

Das zweitemal als Antwort auf eine Rede Windthorst's:

Der Herr Vorredner hat zwar behauptet, daß er viel zu bescheiden sei, um sein militärisches Urtheil gegen das des Grafen Moltke in die Waagschale zu werfen. Dabei hatten seine ganzen Ausführungen eigentlich doch nur eine Tragweite, wenn angenommen wird, daß in militärischen Dingen Herr Windthorst dem Grafen Moltke, wie man so zu sagen pflegt, „über ist.“ (Sehr richtig!) Ja, dann ist ja Alles gut, was er sagt; wenn aber die militärischen Autoritäten, die auf dem Boden der Vorlage bestehen, Recht haben, dann ist das Richtige und Sichere in der Vorlage zu finden und nicht im Angebot des Herrn Windthorst. Der Herr Abgeordnete sagte, wenn bestimmte Verhältnisse eintreten, so würde man im Auslande sehen, daß in Deutschland alle Parteien einig sind. Noch lieber wäre es mir, wenn dieser Beweis der Einigkeit schon heute gebracht wird (Sehr richtig und Beifall rechts), wenn heute Alles so einig wäre, wie in militärischen Dingen in Frankreich, England und überall das Nothwendige bewilligt wird. Er sagt, die Regierung wolle auflösen wegen der Frage, ob 7 oder 8 Jahre. Das ist doch nicht ganz richtig. Daß wir im Fall der Ablehnung auflösen werden, darüber hoffe ich doch jedes Mißverständnis beseitigt zu haben. (Sehr richtig!) Nicht wegen der Zeitdauer lösen wir auf, sondern wegen der Frage, ob das Deutsche Reich durch ein Kaiserliches oder parlamentarisches Heer geschützt werden soll. (Beifall rechts und Widerspruch links.) Weil wir nicht wechselnden Majoritäten das Heer ausliefern wollen, Richter, Windthorst. (Zuruf: Marine!) Ja, meine Herren, das Uebrige, was noch zur vasaillischen Verfügung von Herrn Windthorst steht, will ich nicht einzeln anföhren; aber darum lösen wir auf, damit nicht diese Majorität jährlich oder alle 3 Jahre über das Heer befinden soll. (Zuruf: Marine!) Ja, die Marine hat stets ein liberales Wohlwollen für sich gehabt; J. B. Herr Richter hat früher den Chef der Marine so warm unterstützt, daß, wenn er auch den Kriegsminister so unterstützt hätte, wir weit mehr Vertrauen zum Reichstag haben würden. Unser Vertrauen zum Reichstage hat einen starken Stoß erhalten, als wir in diesem selben Reichstage eine polnische Majorität haben gegen deutsche Interessen. (Sehr wahr! rechts.) — Oh! links und im Centrum.) Damals hätten wir auflösen sollen. Wir haben es aber nicht gethan, weil wir einen solchen Mißtrauensbeschluß aushalten konnten, aber Beifalligkeit können wir keine zehn Minuten aushalten. Und wenn Herr Windthorst sagt, wir wollten bei der Auflösung Männer gewählt haben, die das Reich bewilligen, was der Reichskanzler will, so ist das doch eine Uebertreibung, die man eigentlich von einem Manne in seinen Jahren nicht mehr erwarten sollte (Sehr richtig); wir wollen nur Männer gewählt haben, die dem Vaterlande gewähren, was ihm nöthig ist. Sie sind auf einen falschen Strang geraten, und ich rathe Ihnen, bremsen Sie die deutsche Politik ganz und voll mit Oesterreich ab, und sagt, daß wir uns für die orientalische Frage m. B. interessieren sollten als bisher. Ja, meine Herren, unsere Beziehungen zu Oesterreich beruhen auf dem beiderseitigen Bewußtsein, daß die volle Existenz des anderen Staates eine Nothwendigkeit ist für den einen, im Interesse des europäischen Gleichgewichts, aber auch nicht darauf, daß der eine Staat sich in seiner ganzen Politik in den Dienst des anderen stelle. Es giebt spezifisch österreichische Interessen, in die wir uns nicht einzumischen haben, und ebenso umgekehrt deutsche Interessen, in die sich Oesterreich nicht einzumischen hat. Aber es besteht das Interesse der beiden Staaten, daß sie voll und kräftig erhalten bleiben. Wenn Herr Windthorst mal mein Nachfolger sein wird (Sehr richtig), dann wird er sehen, daß wir auch unser Nachbarland Ausland mit seiner 200meiligen Nachbargrenze mit in Rechnung zu ziehen haben. Das muß man im Auge behalten und nicht denken, wenn eine bestimmte Politik einmal in Betracht ist, daß man dann auf jeder Station nach Berlin wieder umkehren kann. Herr Windthorst spricht von der Exzellenz eines deutsch-russischen Bündnisses. Ich habe gestern noch die Ehre gehabt, mit dem russischen Botschafter zu Mittag zu essen, er hat mir aber nichts davon gesagt. (Sehr richtig!) Woher weiß denn Herr Windthorst das? Nein, es ist das ein Irrthum von ihm, zu dessen Berichtigung ich genöthigt bin. Herr Windthorst sagt, unser Verhältnis zu Frankreich sei seit dem Jahre 1881 schon daselbe gewesen, wie heute. Das stimmt politisch, aber nicht militärisch, die französische Armee war damals nicht so stark wie heute. Es ist gegen die Vorlage die schwierige Lage des Landes angeführt worden. Nun, meine Herren, seit 1878, d. h. seit jener Zeit, wo die Seeheghede begann, unsere deutsche Arbeit zu schätzen, ist die Lage nicht schlechter geworden. Das beweist J. B. die Sparfassenstatistik. Gerade keine Leute sind es, welche dort ihr Geld geben, und da sind seit 1878 die Einnahmen allein von Preußen von 1335 Millionen auf 2261 Millionen gestiegen. Das beweist doch, daß die Klagen über die schlechte Finanzlage nicht so wirklich zu nehmen sind. Aber wir begegnen vielfach der Entstellung und der dreifachen Klage, daß Deutschland durch seine jetzige Regierung in die Verarmung hineingetrieben wird. Windthorst sagt, durch Unterfütterung von Frankreich und des Auslandes wolle er eine Wiederherstellung von Hannover als Staat nicht. Nun, bekannt ist doch, daß Georg V. selbst in offiziellen Briefen gesagt hat, er hoffe im Gefolge Napoleons nach Hannover zurückkehren zu können. Das ist doch so lange nicht her und die meisten Leute, die es erlebt haben, leben heute noch. Endlich bin ich gefragt worden, warum ich nicht in der Kommission Aufschlüsse über Politik gegeben habe. Ja, diese Kommissionen sind ja recht eigentlich nur eine Quarterstammer für die Regierungskommissionen, denen man alles Mögliche abspreschen kann, ohne sich selbst irgendwie zu verpflichten. Ein beiderseitiges Gehör kann ja eine Kommission überhaupt nicht abschließen, alle seitens der Mitglieder gemachten Zugeständnisse kann das Plenum widerrufen. Nein, meine Herren, das ist ein ungünstiger Kampfplatz für die Regierung und ich selbst bin zu alt und zu matt, um mich daran zu betheiligen. (Beifall rechts.)

Noch gründlicher war die Auseinandersetzung des Reichskanzlers mit dem Weltführer in der Sitzung des folgenden Tages (12 Jan. Mittwoch.)

Der Herr Vorredner sagt, wir bewilligen jeden Mann und jeden Groschen auf drei Jahre, und dann werden wir wieder zusammenkommen und sehen, ob es noch notwendig ist, und wenn wir, die Abgeordneten, finden, daß es nicht mehr notwendig sei, dann werden wir, wie er schon in seiner gestrigen Rede sagte, darauf dringen, daß die Bewilligung vermindert wird. Der Herr Vorredner muthet uns zu, daß wir nicht nur Vertrauen zu dem jetzigen Reichstage, sondern auch zu der militärischen Einsicht des jetzigen Reichstags haben sollten, der nach drei Jahren hier wiederum versammelt sein wird. Weiß denn der Herr Vorredner, wie der beschaffen sein wird? Ist denn die Majorität, aber die der Herr Vorredner jetzt disponirt, so gleichartig, so sicher, so unanfechtbar, daß wir auch nur auf die gleiche Bereitwilligkeit wie jetzt rechnen können? Diese Mehrheit, das Consortium, welches die oppositionelle Majorität gegen die Regierung im Reichstage bildet, steht sich doch aus den heterogensten Elementen zusammen und kann durch den Abfall aus nur eines dieser Elemente vollständig zerfallen werden. Wenn beispielsweise auch nur die 25 Sozialdemokraten unter der Führung des Herrn, den wir heute hören, zur anderen Seite übergangen oder sich von der jetzigen Majorität losgelassen, wenn die also governemental würden, so machte das einen Unterschied von 50 Stimmen aus, auf der einen Seite 25 weniger, auf der anderen 25 mehr. Wenn nun die Polen und die Gläffer dasselbe Manöver machen, so leidet die Majorität auch schon Schaden, von den Welsen noch gar nicht zu reden, die könnten ja beim Ende des Kulturkampfes doch auch einmal den Wunsch hegen, sich mit ihren eigenen An-

gelegenheiten ohne die Zeitung des Abgeordneten Windthorst zu beschäftigen. Oder die fortschrittliche Satrapie könnte dem centralen Sultanat den Gehoriam aufkündigen (große Heiterkeit). Kurz, die heterogensten und einander widersprechendsten Elemente sind zufällig in der Negation und in der Abnegation gegen die jetzigen Verionen der Regierung einig, aber sobald sie irgend etwas Positives schaffen wollen, dann sind sie ja gar keine Majorität, sie können ja nicht wissen, wenn sie dann die Majorität einräumen. Und zu der Majorität, die dann vorhanden sein wird, sollen wir das Vertrauen haben, welches nothwendig ist, um in ihre Hände, die Hände dieser Majorität, die Verfügung über das Palladium des Reiches zu legen? Der Abgeordnete hat ja selbst am Schluß seiner Rede sehr richtig und würdig gesagt, daß das constitutionelle Leben eine Reihe von Compromissen ist. Wir haben den Compromiß einmal gemacht. Ich war im Jahre 1874 schwer krank und lag zu Bett; in meinem Krankenstimmer haben die Verhandlungen stattgefunden, sowohl mit Sr. Maj. dem Kaiser wie mit den Herren Abgeordneten, die damals zu mir kamen, namentlich mit Herrn Miquel, der die Verhandlungen geführt hat. Wir haben die sieben Jahre bewilligt, ich war der einzige, dem die Verantwortlichkeit dafür oblag, ob damals eine Auflösung stattfinden sollte, oder ob wir im Interesse des Friedens uns auf sieben Jahre einigen wollten. Wird uns diese Concession immer wieder als Fahne vorgeführt, dann werden wir nie wieder zu Compromissen kommen. Im Interesse der Compromisse halte ich an den sieben Jahren unbedingt fest, die wir zwei Generationen hindurch gehabt haben. Wir sind bereit, diese Periode weiter aufrecht zu erhalten, auf eine längere geben wir aber nicht ein, wie ich schon gesagt habe. Der Herr Vorredner ist seiner Sache mit der künftigen Majorität sicherer als ich. Die Verhältnisse sind in anderen Ländern nicht so zerfahren wie bei uns. Gätten wir zwei große Parteien, wie früher in England die Whigs und Tories, zwei Parteien, von denen jede doch immer den Fall im Auge hatte, daß sie auch einmal wieder zur Regierung kommen werde, dann würde die Majorität vertrauenswürdig sein. So, wie unsere jetzige Majorität aber ist, ein künstlich aufgebautes Consortium, ist gar keine Rechnung damit möglich. Das Centrum behält über Elemente von heterogener politischer Richtung. Sind Sie gewiß, daß das Centrum in seiner Zusammenlegung fort-dauern wird, auch wenn der Culturkampf einmal vollständig beseitigt ist? Herr Windthorst ist vielleicht der Meinung, man werde, um das Band der Partei, an deren Spitze er steht, zusammenzuhalten, immer etwas Culturkampf conserviren müssen. (Abg. Windthorst: Nein!) Er hat das früher ja schon angedeutet. Ich möchte nur auf eine der Provinzen seines Reichs für die Wahlen hinweisen, das ist Baiern. Der bairische Wähler ist in seiner großen Mehrheit monarchisch und katholisch; so lange er die Ueberzeugung hat, daß seine Religion bedroht sein könnte, daß die katholische Kirche bedroht sei, und daß diese Empfindung in ihm getheilt wird, so lange mag er für Sie wählen; wenn er aber zweifelhaft darüber sein würde, ob die Dynastie, ob der König von Baiern und der römische Stuhl seine Opposition billigt — ich weiß nicht, ob darüber Zweifel sein können, aber, wenn sie entstehen —, find Sie dann der Wähler eben so sicher wie jetzt? Es wundern mich, daß der Abg. Windthorst hier nicht „Ja“ ruft, da er doch sonst so leicht eine Antwort hat. (Sehr richtig!) Auf die Haltung der Regierungen kann ja die Wahl keinen Einfluß haben. Die Regierungen richten sich in ihren Ueberzeugungen nicht nach den Wünschen des Reichstags oder nach der Auffassung der Wähler, sondern lediglich nach ihrem Pflichtgefühl, nach ihrer Verantwortlichkeit für die Sicherheit des deutschen Reichs und des deutschen Volkes, seine Unabhängigkeit und die Integrität unseres Landes. Diese Erwägungen werden dieselben bleiben, wenn auch genau derselbe Reichstag mit genau derselben Majorität vor uns steht. Durch eine nochmalige Verurtheilung seitens des Reichstags können die Verpflichtungen der Regierungen, für die dauernde fundamentale Institution des Reichs, das Heer, zu sorgen, keineswegs erloscht werden. Das bleibt auf der Regierung lasten. Keine Verfassung kann ohne Compromiß existiren. Wenn Sie von dem Compromiß abgehen, so schaffen Sie eine Situation, die immer von neuem nothwendig auf Conflite hinbeutet. In etwas zu willigen, was das deutsche Volk minder wahrhaft machen würde als es sein darf, werden Sie nicht von den Regierungen und namentlich von so mächtigen Staaten und Monarchen, wie wir sie im Bunde haben, erwarten können. Wie ich Ihnen schon gestern sagte: Sie compromittiren sich ganz unnütz. Sie geben für ein Spiel, in dem der Trumpf für Sie gar nicht drin steht. (Sehr richtig!) Der Abgeordnete Windthorst hat, um den Mangel an Stärke in seinen Deductionen auszugleichen, mit sehr viel Nachdruck betont, daß er für die Verfassung und für die Volksrechte eintreten wolle. Ja, m. H., das sind gerade wir, die für die Verfassung und die Volksrechte eintreten. Ich habe gestern schon erwähnt: die Verfassung und die Sorge für das Volk ist vollständig auf unserer Seite, und der Vorredner hat, um die Schwäche, welche seiner Argumentation trotz erhobenen Tones inne wohnte, zu verdecken, noch die preussische Verfassung hineingezogen und die That-sache, daß dieselbe beschworen sei. Das ist der Fall und die ganze Verfassung wird bestehen bleiben. (Beifall rechts.) Sie sind es ja eben, die dagegen kämpfen. (Sehr gut! rechts.) Herr Windthorst hat jobann den Ausdruck „Parlamentarismus“ demängelt. Ein Parlamentarismus ist nach meiner Auffassung ein solches, das von den wechselnden Beschläffen des Parlaments abhängig ist. (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir, als die Verfassung gemacht wurde, gewußt hätten, daß die Regierung einem Reichstage mit solcher Majorität gegenüberstehen würde, daß diese Forderung jemals von einem Reichstage aufgestellt werden würde, daß die Majorität des Reichstags gegen die deutschen Interessen Stellung nehmen könnte, dann hätten wir — ich habe ja den ersten Entwurf für die Verfassung gemacht — solche Rechte, wie wir sie ihm gegeben haben, dem Reichstage überhaupt nicht bewilligt, denn wir hätten fürchten müssen, das Vaterland in Gefahr zu bringen. Wir haben auf eine ganz andere Haltung des Reichstages gerechnet, auf eine ganz andere Stärkung der Institutionen. Von der Thatfache, daß die deutsche Nation nach jahrhundertelanger Zersplitterung endlich einmal eine einheitliche, sichere Existenz bekommen hat, sicher in ihrer Unabhängigkeit gegen das Ausland, sicher in der Gemeinschaft mit den Vertretern des ganzen deutschen Volkes ihre eigenen Angelegenheiten verhandeln zu können, haben wir geglaubt, daß sie so erheblich wirken würde auf Leute, welche die Entbehrung aller dieser Vortheile so lange auf sich haben lassen geführt, daß wir zu solchen elenden Streitigkeiten wie diese nicht gelangen würden. (Lebhafter Beifall rechts.) Darin haben wir uns geirrt, auch das Volk hat sich geirrt, wenn es Sie hierher geschickt hat. (Lebhafter Beifall rechts, Lachen links.) Also die Verfassung und das Volk ist auf unserer Seite. Wir wollen das Volk, wir wollen den Frieden schätzen; Sie wollen es darauf ankommen lassen. Sie sagen: Vielleicht kommt doch kein Krieg (Sehr richtig! rechts), und wenn es Krieg gibt, so werden wir siegen, ganz gewiß siegen. Das hat ja der Vorredner fortwährend gesagt. Er hat mich dann getadelt wegen des Ausdrucks „kaiserliches Heer“. Nun die Anfechtbarkeit dieses Ausdrucks gebe ich zu. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß der Ausdruck nicht genau der Verfassung entspricht, ich habe ihn nur der sprachlichen Kürze wegen gebraucht. Ich wollte Sie durch die Auffassung „königlich preussische, königlich bairische, königlich württembergische, königlich sächsische u. s. w. Armee“ nicht ermüden; ich hätte die Armee eine „monarchische“ nennen können (Zu-

rus: Reichsarmee!) aber das macht so den Eindruck, als wenn ich die Armee in den Dienst der Monarchie gegen die Demokratie stellen wollte; kurz ich bleibe dabei — der Herr Abgeordnete möge es mir nicht übel nehmen — den Ausdruck „kaiserliche“ Armee zu gebrauchen. Ich will damit Niemanden zu nahe treten. Außerdem wird doch die Armee unter gewissen Umständen eine kaiserliche sein; einmal sobald Krieg ist, namentlich aber sobald von der Präsenzliste die Rede ist, dann hat der Kaiser nach Artikel 4 des Art. 62 der Verfassung die Verpflichtung, den Präsenzstand zu bestimmen. Dem Herrn Abgeordneten ist vielleicht entfallen, daß das in der Verfassung steht. Es wird nun immer auf die Marine hingewiesen. Wenn Sie die Forderungen für die Marine stets bewilligt, so ist das ja sehr erfreulich. Wenn Sie aber auch in dieser Hinsicht auf den Gedanken kommen sollten, das, was Sie auf ein Jahr bewilligt haben, später wieder abzulehnen, dann würde auch der gegenwärtige Stand der Marine sich bald verschlechtern. Ich weiß nicht, warum Sie zu Wasser einsichtiger sind als zu Lande. Wir sind nun zu Lande und ich kann mich auf die Lebenswürdigkeit und Urteilsfähigkeit, die Sie zu Wasser besitzen, hier nicht einlassen. (Heiterkeit.) Ihnen kommt es bei Ihren Beschlüssen nicht bloß darauf an, die Entscheidung über die Stärke des Heeres in die Majorität des Reichstages zu legen, sondern den Irrthum, die Legende zu erzeugen, als ob Sie bereits darin läge. Sie wollen unvermerkt eine Befestigungsvollziehung, und diese würde vollzogen sein, wenn wir uns jetzt von dem traditionellen Septennat auf die dreijährige Präsenzzeit zurückdrängen ließen. Schon aus dem Grunde thun wir es unter keinen Umständen. Es würde eine Veränderung unseres Staatsrechtes und des Begriffs desselben in der ganzen Nation sein, wenn die verbündeten Regierungen sich auf das einlassen, was die Majorität ihnen vorschlägt, und wenn sie etwas von dem zurückziehen, wofür sie eingetreten sind. Der Vorredner hat mir ferner verschiedene Vorwürfe gemacht, auf die ich eingehen muß. Er hat mir vorgeworfen, ich hätte ihn persönlich angegriffen. Soviel ich mich erinnere, habe ich gar keine Kritik seines persönlichen Verhaltens gestern ausgesprochen, sondern habe den Namen immer nur als den des Parteiführers genannt. Es ist wesentlich ein Bedürfnis größerer Kürze, wenn ich Windthorst sage; Partei Windthorst, so meine ich immer Herrn Richter mit. (Große Heiterkeit.) Ich weiß ja nicht alle auswendig, die hinter ihm stehen. Ich bitte mir zu gestatten, daß ich die gesamte heutige Opposition unter dem Namen ihres Führers zusammenbegreife. Der Abgeordnete hat dann die Thatfache bemängelt, daß er in Verbindung mit Sozialdemokraten, dem Abgeordneten Grillenberger, genannt worden sei. Er hat gesagt, er verhehle zwar mit diesen Herren (Abg. Windthorst: Habe ich nicht gesagt), aber er wüßte nicht, ihnen zuzugehören, ja, in der Theorie mag er nicht mit ihnen einig sein, aber in der Praxis geht er mit ihnen immer Hand in Hand. Die ganze Fraktion Windthorst einschließlich der Sozialdemokraten, marschirt in geschlossener Colonne. Die Politik, die der verehrte Herr verfolgt, ist ebenso, daß die Sozialdemokraten sie mit Vergnügen mitmachen können (Heiterkeit), daß die Sozialdemokraten nicht in die Lage kommen, anders zu stimmen, als das Centrum. (Lebhaftes oho! im Centrum und bei den Sozialdemokraten.) In allen auswärtigen Fragen wenigstens, wo die Eiderheit und das Ansehen des Reiches am Meisten interessiert ist, haben die Sozialdemokraten nicht nötig gehabt, einen anderen Weg zu gehen als das Centrum. Wo sind die Abstimmungen, in denen sie voneinander abwichen? (Rufe: Rufe!) Für die Rufe haben, glaube ich, die Sozialdemokraten mitgestimmt. (Widerpruch und Lachen links.) Das war übrigens 1879 und jetzt schreiben wir 1887. Wenn Sie also keine Abstimmung neueren Datums auführen können (Hansen: 1884), so ist das nicht beweisend. Ich behaupte übrigens ja nur, daß ich persönlich von Herrn Windthorst nicht gesprochen, sondern ihn nur als Führer der Opposition genannt habe. Ich sehe in ihm die Negation verkörpert, und das habe ich ausdrücken wollen. Er hat ferner das Streben, an meiner Stelle zu stehen, bestritten. Ja, ich bleibe noch immer an den ersten Traditionen, die ich auf der Universität über den Begriff des constitutionellen Regiments gewonnen habe, und da wurde der Grundsatz aufgestellt, man hätte ferner das Recht Opposition zu machen, als man bereit ist, wenn sich die Regierung nicht darauf einläßt und deshalb zurücktritt, selbst die Regierung zu übernehmen. Der Herr Abgeordnete sagt, er hätte nicht den Ehrgeiz, Minister zu werden. Aber er hat vielleicht den Ehrgeiz, denen, die es sind, das Gewerbe möglichst zu erschweren, und wenn er sich dabei ganz außer Stande fühlt und absolut darauf verzichtet, es besser zu machen, so ist das eigentlich kein gemeinnütziges Gewerbe. (Heiterkeit.) Das habe ich nur sagen wollen, wenn ich davon sprach, daß er an meiner Stelle sein könnte, daß ich es nicht für erlaubt halte, den Minister in Lebensfragen, wie diese, zu bekämpfen und ihn vielleicht in die Unmöglichkeit zur Weiterführung der Geschäfte zu versetzen, ohne daß man selbst — nicht die Fähigkeit, die ist ja bei dem Herrn Vorredner vorhanden — aber mindestens die Lust verspürt, die Würde die man dem andern unentgeltlich gemacht, ihm nachher abzunehmen. (Dr. Windthorst: Das habe ich gar nicht gesagt! Große Heiterkeit.) Dann hat der Herr Abgeordnete eine Würdigung übernommen, die ich nach meiner amtlichen Stellung nicht acceptiren kann, nämlich für den Frieden mit Frankreich. Er sagt, die Franzosen würden uns nicht angreifen. Nun mag er die französischen Verhältnisse und Leistungen durch seine katholischen Beziehungen genauer kennen als ich. Aber sind diese Herren auch ihrerseits vollständig richtig berichtet, daß sie die Stimmung im Lande kennen? Ich habe mein eigenes historisches Urtheil über das Naturell der Franzosen. Ich glaube, wie ich schon gestern sagte, daß die Franzosen uns angreifen, wenn sie sich entweder des Sieges sicher glauben oder wenn sie finden, daß sie im Inlande nicht mehr auskommen, und nun versuchen, ob sie nicht eine festere Haltbarkeit der heimischen Zustände mit einem patriotischen Zuge gegen das Ausland erreichen können. Es ist ja schon mancher Krieg derart gemacht worden; warum sollten sie das nicht thun? Dann hat Herr Windthorst gesagt, ich hätte die Karolinenfrage als sehr unwichtig behandelt. Er vergißt dabei zwei Dinge, die ja heute zusammen gehören, damals aber meiner Meinung nach nicht zusammen gehörten, das sind: die Karolinen und Spanien. Was wir, somit ich mich erinnere, an geschäftlichem Umfange durch den Verkauf der Karolinen erwarten und erstreben konnten, begriffte sich eintheilen auf 60000 M. jährlich, und wegen dieser Sache mit Spanien überhaupt Krieg zu führen, würde mir nicht im Traum eingefallen sein. Hätten wir irgend eine Ahnung davon haben können, daß Spanien, welches im Jahre 1877 amtlich England gegenüber erklärt hatte, daß es keinen Anspruch auf die Karolinen hätte, jetzt einen solchen Anspruch erheben würde, würden wir uns gar nicht auf die Sache eingelassen haben. Ein Krieg mit Spanien ist ja nicht gefährlich für unsere innere Sicherheit, dazu wohnen wir zu weit voneinander, aber unser Handel mit Spanien, der sehr erheblich ist, hätte bedeutend darunter gelitten und weil wir der Sache willen einen Krieg mit Spanien nicht führen wollten und weil die Spanier diese Sache als vertholter betrachtet, wie wir voraussetzen konnten, und durch Verlegungen und Beleidigungen die Erhaltung des Friedens erschwerten, haben wir uns an Se. Heiligkeit den Papst gewandt. Dieser hat die Angelegenheit auseinandergelegt und dadurch sind wir allerdings die Pumperlei der Karolinen losgeworden, aber wir sind nur der möglichen Frage eines Krieges mit Spanien aus dem Wege gegangen. Ich weiß also nicht, weshalb der Herr Abgeordnete diese Angelegenheit hier wieder aufgewärmt hat, wie es neulich bereits, wenn ich nicht irre, durch das Mitglied der Volkspartei, Herrn Payer, geschehen ist. Dann hat Herr Windthorst gesagt, wir scheuten das Zusammenleben mit den Arbeitern, und hat damit einen gewissen sozialistischen Ton angeschlagen. Ich hatte bei diesen Ausführungen den Eindruck, daß er sich im Augenblick vielleicht um einige Wochen irrt und schon zu seinen Wählern zu sprechen glaube. Nun, meine Herren, ich spreche vielmehr mit Arbeitern als mit Reichstagsmitgliedern. Wenn ich auf dem Lande bin, wo ich mit ihnen zusammenlebe, habe ich oft Gelegenheit, mit ihnen persönlich zu verkehren. Ich scheue die Verbindung mit den Arbeitern keineswegs, aber das kann ich Ihnen versichern, daß, soweit ich die Arbeiter kenne, sie haben Tag bereit für die Sicherheit des Reiches mit dem Gewehr in der Hand einzusetzen und auf des Königs Ruf zu kommen, jedesmal, wenn er diesen Ruf ertönen läßt. (Beifall rechts.) Wenn Sie anderer Ansicht sind, wenn Sie glauben, daß es den Arbeitern lieber ist, von der parlamentarischen Opposition und von deren Führer, dem Herrn Abgeordneten Windthorst, beherrscht zu werden, als von Sr. Majestät dem König, dann sind Sie vollständig im Irrthum. Sie müssen die Arbeiter nicht mit den paar Führern verwechseln, die von ihrer Verehrtheit ihre Stelle herleiten und die sich Arbeiter nennen, es aber nicht sind; die nur Arbeiter zur Stiftung von Unfrieden sind. (Beifall rechts.) Der Herr Abgeordnete hat ferner die hannoversche Angelegenheit zur Sprache gebracht und mir einen Vorwurf aus meiner Darstellung gemacht.

Ich habe nur die Folgen geschildert, die eine Unterwerfung des deutschen Reichs durch die Franzosen haben sollte, und habe unter diesen Folgen auch die Wiederherstellung des Königreichs Hannover genannt, als etwas, was die Franzosen thun könnten, um das deutsche Reich und den Zusammenhang mit Preußen zu schwächen. Der Herr Abgeordnete hat bei dieser Gelegenheit auf die Thaten des 10. Armee-corps hingewiesen. Diese Thaten bewegen sich in ganz anderer Richtung als die Haltung der Welfenpartei, sowohl hier im Hause als wie im Lande. Das 10. Armee-corps ist eine Stütze des Reichs, das kann ich von der Welfenpartei hier im Hause nicht sagen. (Sehr richtig! rechts.) Ich habe aber keinen Vorwurf gemacht, sondern nur Thatfachen angeführt. Nun wird die Unterhandlung des Königs Georg mit Frankreich damit entschuldigt, daß wir, wie der Abgeordnete sich ausdrückt, die Verhandlungen mit dem König Georg in Nitschburg und hier in Berlin „schön“ abgemien hätten. Nun, das Wort „schön“ hat der Herr Präsident bereits gerügt. Ich kann aber sagen, meine Herren, noch schärfer sind die Verhandlungen von Hannover in dem Frühjahr 1866 abgemien worden. (Zuruf aus dem Centrum.) Wir haben der hannoverschen Regierung damals gesagt: wir sehen den Krieg mit Oesterreich voraus, verpöndet uns nur neutral zu bleiben, dann seid ihr sicher, daß euch nichts geschieht; wir verlangen nicht Beistand, wir verlangen nicht eine Wiederholung des Beispiels aus dem siebenjährigen Kriege, wo die hannoverschen Truppen an unserer Seite gefochten haben, wir verlangen nur euer Wort, daß ihr still sitzen wollt, dann werden wir euer Territorium respektiren und der Krieg mag ausfallen wie er will, ihr könnt sicher sein, daß euch nichts geschieht. Es wurde eine Zeitlang verhandelt, die Freundschaft ging sogar so weit, daß die Verlobung einer hannoverschen Prinzessin mit einem preussischen Prinzen im nächsten Frühjahr geplant wurde und soweit zustande kam, daß die jungen Herrschaften sich bloß noch einmal sahen sollten, ob sie sich fonsentiren; da kamen plötzlich verschiedene einflussreiche Persönlichkeiten zum König von Hannover, er hing an zu rufen und Truppen auszubehalten, seine Armee zu vervollständigen; das wurde untereits mit seiner Absicht der Neutralität nicht verträglich gefunden. Es wurde uns aber gesagt, daß man nur die Herrschaft über in das Frühjahr verlegen wollte. Inzwischen war ein hoher Herr, ein Verwandter des hannoverschen Hauses, nach Hannover gekommen, hatte seinen Einfluß dort geltend gemacht, sodas schließlich Hannover sich in der Absicht einer territorialen Vergrößerung auf die österreichische Seite stellte. Das nenne ich in der That eine unfreundliche Zurückweisung und insbesondere, nachdem die Verhandlungen so weit gediehen waren, daß wir glaubten, der Neutralität Hannovers sicher zu sein und die Fortdauer der Freundschaft durch eine Familienverbindung zu gewährleisten. Aehnlich verhielt es sich mit dem Herzog von Nassau. M. H., ich kann schließlich nur noch einmal die dringende Bitte aussprechen, entschließen Sie sich schon in der zweiten Sitzung, die volle Vorlage mit dem Septennat anzunehmen. Ich wiederhole Ihnen, daß wir das, was der Abgeordnete Windthorst jeden Mann und jeden Großen nennt, auf drei Jahre nicht annehmen werden, weil wir uns zu Compromissen nicht drängen lassen wollen. Weil wir nicht das Beispiel geben wollen, Compromisse wieder zu lösen und zu versetzen, wollen wir sie auf diesem Wege nicht ermuntern und wollen die Anlässe zu Konflikten und Vermittlungen nicht häufen. Die Auflösung des Reichstages ist ja ein vollständig verfassungsmäßiges Mittel, man braucht uns deshalb nicht für despotisch zu halten. Ich glaube, Herr Windthorst wird mit einer derartigen Charakteristik meiner Person bei den Wählern keinen Glauben finden. Ich denke im Gegentheil, die Herren Führer der Opposition sind durch den blinden Gehorsam, den sie in ihren Fraktionen zu finden gewohnt sind (Heiterkeit), nun auch ihrerseits gewillt, mit der Regierung ähnlich zu verfahren. Ich bin vielleicht der einzige Mensch, der im Laufe des ganzen Jahres es magt, dem Abgeordneten Windthorst zu widersprechen. (Große Heiterkeit.) Er ist nicht gewohnt an Widerspruch, und da gerath er in Zorn und fittliche Enttäuschung, bloß weil ich anderer Meinung bin wie er. Wegen der Auflösung keine Freundschaft. Kommen Sie wieder, so werden wir in derselben Weise miteinander reden, aber die Ueberzeugung der verbündeten Regierungen und ihr fester Entschluß in Bezug auf die Wehrhaftigkeit des Volkes, von der sie nicht um ein Haar breit ablassen zu dürfen glauben, wird in drei Monaten dieselbe sein wie heute. (Lebhafter Beifall rechts; Zischen links.)

In der Donnerstagssitzung (13. Jan.) kam der Abgeordnete für Hagen, Herr Richter, an die Reihe:

Der Herr Abg. Richter hat, wie ich vernehme, in seiner heutigen Aeußerung, die ich zu meinem Bedauern nicht gehört habe, gesagt, es wäre nicht wahr, daß in der bulgarischen Frage im letzten Herbst die Presse der verschiedenen Oppositionsparteien die Regierung beschimpft hätte wegen ihrer friedlichen Politik; es sei Entstellung, daß die Presse zum Kriege mit Rußland aufgefordert hätte. Er hat ferner gesagt — nach meiner Version — der Reichstagsler ist der bulgarischen Justiz durch eine diplomatische Note in die Arme gefallen, um zu verhindern, daß die Hochverräter u. s. w. Nun, diese Aeußerungen nöthigen mich, Ihre Zeit, die, wie ich glaube, ja sehr kostbar und gemein ist (Heiterkeit), doch mit retrospektiven Mittheilungen in Anspruch zu nehmen, die ich ursprünglich nicht beabsichtigt habe. Ich erlaube mir hiermit, der Öffentlichkeit diejenigen amtlichen Depeschen zu übergeben, die wir in Bezug auf das „in den Arm fallen der Justiz“ damals mit Sofia gewechselt haben. Das eine ist eine Instruction aus Berlin vom 1. September an Herrn v. Saldern in Sofia: „Suchen Sie nach Möglichkeiten zu hindern, daß Hinrichtungen stattfinden. Die friedliche Erledigung der Krise würde durch eine solche wesentlich erschwert werden.“ Das ist alles, und das ist ungefähr in der Hauptidee alles gesagt. Die Antwort darauf, unterzeichnet: Freiherr v. Tziemann, lautet: Sofia, den 20. September 1886. Ich habe die erforderlichen Schritte, um Hinrichtungen zu verhindern, gethan und günstige Aufnahme gefunden. Jedenfalls bis zur Ankunft des Generals v. Raulbars wird nichts Entscheidendes geschehen. Diese Antwort kreuzte sich mit einer diesseitigen Mittheilung vom 19. September: Der russische Geschäftsträger hat hier unter Mittheilung, daß die bulgarische Regiererschaft die in der Perschwörung vom 21. v. M. verurtheilten Offiziere vor ein Kriegsgericht stellen und deren Aburtheilung und Exekution so möglich nach der Ankunft des Generals Raulbars herbeiführen will, um Gegenverstellungen in Sofia zu geben. Ein Hochwohlgeborener wollen sich, nach Einvernehmen mit Ihrem österreichischen Kollegen, mündlich im Sinne meiner früheren Weisungen abmahnend aussprechen. Dann ein weiteres Attestat, ein Bericht des Herrn v. Tziemann an mich vom 25. September, aus dem die Natur seiner Instruction ersichtlich ist. — Nein, erst folgt ein — ich habe in der Selbstwürdigkeit die Sachen nicht so ordnen können — es kommt eine Aeußerung von hier; die Antwort kommt nachher. Also: Berlin, den 25. September. Aus Ihrem Telegramm vom 22. d. Mts. hat der Herr Reichstagsler mit Befriedigung ersehen, daß die Gefahr der Ausführung von Hinrichtungen — Ausführung unterstrichen — beseitigt ist. Der Zweck der Ew. Hochwohlgeborenen erteilten Instruktionen ist damit vollkommen erreicht, da dieselben von Anfang an nur die Verhütung von Exekutionen im Auge hatten. — Ich begreife nicht, wie die Gegner der Todesstrafe uns daraus ein so schweres Verbrechen machen können; ich glaube, die meisten Herren waren damals gegen die Todesstrafe. (Heiterkeit.) Nach Ihren bisher hier vorliegenden Meldungen darf ich annehmen, daß Sie sich bei Ihren Aeußerungen innerhalb dieses Rahmens gehalten haben. Um den falschen Mittheilungen ausländischer und fortschrittlicher Blätter, daß Sie anders und schärfer aufgetreten wären, entgegen treten zu können, bitte ich Euer Hochwohlgebornen, mir ausdrücklich schriftlich zu bestätigen, daß Sie sich in Ihren Ansprüchen genau in den Grenzen der Ihnen erteilten Weisungen gehalten und sich demgemäß darauf beschränkt haben, von Hinrichtungen abzurathen. Wir sind auf diese Weise genöthigt, uns schon gewissermaßen mit gerichtlichen Attesten gegenseitig vom Ministerium und diplomatischen Agenten zu versehen und zu vergewissern gegen die ungläubliche und alles Maß übersteigende Verlogenheit dieser Sorte von Presse. (Sehr richtig! rechts.) Darauf erfolgte die Antwort am 3. Oktbr.: Auf den hohen Erlass vom 25. v. M. beehre ich mich zu erwidern, daß ich mich genau im Rahmen meiner Instruktionen gehalten habe. Jegende weitere Anforderungen habe ich der bulgarischen Regierung nicht gestellt, sondern mich in anderen Fragen in Uebereinstimmung mit meinem österreichischen Kollegen gänzlich zurückgehalten. Beide Regierungen, unsere sowohl wie die österreichische, sind in dieser Frage ausnahmslos Hand in Hand gegangen. Die Herausziehung des Verfahrens ist uns lediglich als Mittel zum Zweck nützlich erschienen; denn wenn jetzt Verurtheilungen zum Tode stattgefunden hätten, so wäre bei der Aufregung des Offiziercorps das zu weitere nicht zu bürgen gewesen. Zu Drohungen und zu scharfer Sprache hätte ich, auch wenn ich Auftrag dazu gehabt, nicht einmal

Gelegenheit gehabt, denn Herr Karaweloff ging ohne Weiteres auf meine Anregung ein. Dem Minister des Auswärtigen gegenüber habe ich lediglich mein Gespräch mit Herrn Karaweloff wiederholt. Herr Stambuloff sagte mir 3 Tage später spontan, daß er von jeder für Annexionen gewesen sei. (Hört, hört! rechts.) Mit anderen Bulgaren habe ich über die Sache überhaupt nicht gesprochen. (Sehr von Tziemann.) Es ist also eine gänzlich aus der Luft gegriffene Erfindung, die als Unterlage für diese Entstellungen und Verleumdungen der deutschen Regierung benutzt worden ist, die der Abg. Richter zu meinem Bedauern aus der Presse, in der er sie wahrscheinlich gelesen, reproduziert hat; ihm selbst schreibe ich natürlich diese Erfindung nicht zu. Was dann die Behauptung betrifft, daß die Presse nicht zum Kriege gegen Rußland gehegt hätte, — ja, da liegt mir die mir noch widerstrebendere Aufgabe vor, einige von den Artikeln, die ich Ihnen vorgestern erspart habe, nun doch als Ueberführungsstücke, als Beweisstücke hier in die Öffentlichkeit zu bringen, und ich behalte mir vor, die ganze Serie zu veröffentlichen, die ich zu Hause habe — dies ist vielleicht der zehnte Theil davon; ich habe nicht einmal ausgedacht, ich habe die Zeit dazu nicht gehabt, als ich hörte, daß der Abg. Richter mich ein demore gelebt habe, auf diese Sache zurückzukommen. Ich habe das mitgenommen, was oben auf lag; ich bin überzeugt, es findet sich noch viel Prägnanteres. Also das eine las ich schon vorgestern vor aus dem „Berliner Tageblatt“, daß sie einen gefunden Krieg einem so krankhaften Frieden vorzögen. Das Folgende habe ich noch nicht vorgelesen. Also wieder aus der „Freisinnigen Zeitung“ vom 28. August: Wichtig man vor Rußland zurück, so wird der sterblichen Deutschen Reichszeitung aus Berlin geschrieben (hört, hört! links) — der sterblichen! ja, das ist das Geschwisterkind mit der „Germania“; oder nicht? ist die „Germania“ nicht einmal sterblich? Dann hat sie gar keinen Werth — (Heiterkeit rechts) weil man im jetzigen Moment keinen Krieg will oder seinen führen kann, so mögen die Offiziere es sagen. Zug mißfallen aber mögen sie schweigen und nicht unter Volk in der Art verwirren und an allem irre machen, was ihm lieb ist. Also nicht zurück! Das wäre der Krieg, wenn man nicht zurückwärt. Weil man im jetzigen Moment keinen Krieg will — da ist doch ungewisser der Wunsch ausgesprochen, daß der Krieg jetzt geführt werden möchte. Dann „Freisinnige Zeitung“ vom 25. August: Wenn die Unterwerfung unter den Willen des Jaren den Weltfrieden bedeutet, so mag das richtig sein. Aber es giebt eine Grenze, wo diese Unterwerfung aufhören muß, und dieser Grenze nähern wir uns um so mehr, je mehr die russische Herrschaft und der Panislawismus durch Erfolge auf der Balkanhalbinsel zu neuen Abenteuern für immer weiter gesteuert werden. Also wir sollen kein Gebiet, das heißt doch, wir sollen Krieg führen mit Rußland. (Widerpruch links.) — Glauben Sie denn, daß man mit solchen vollstündigen Abreden wie „jeden Großen und jeden Mann“ Rußland auf seiner Bahn aufhalten, dieses Reich von 100 Millionen mit einer sehr starken Armee einschüchtern könne? Die Leute erfahren das ja gar nicht, sie lesen Ihre Reden gar nicht; das fällt ihnen gar nicht ein. (Heiterkeit.) Die „Volks-Zeitung“ vom 7. September sagt: Die türkische Weltanschauung wurde eben nur dadurch gehindert, daß es gegen die Türkei ein Europa gab, daß vor allem deutsche Schwerter die Türken aus der gestillten Welt herauskamen, bis sie in ihrem europäischen Besitzstand mehr und mehr beschränkt, der unaufhaltsamen Verarmung verfielen. Gegen Rußland besteht, wie die beiden letzten Wochen mit drastischer Unwiderleglichkeit bewiesen haben, augenblicklich kein Europa; darf es seinen Raubzug nach Konstantinopel ungehindert durchführen, dann giebt es für Europa nur noch eine Alternative: die unumschränkte Herrschaft der Kulte und des Rubels oder ein Zeitalter von Kriegen, von denen die Türkenkriege früherer Jahrhunderte nur einen verhältnismäßig schwachen Vorwand gegeben haben. Nun, es ist dieselbe Tonart und Ueberzeugung, als wenn man uns hier sagt: wenn wir aufhören, so läßt es sich, weil wir Leute, die eine andere Meinung hätten wie Graf Wolff und ich, hier gar nicht brauchen könnten; wir könnten nur Leute gebrauchen, die ja sagen. Das ist dieselbe Deflamation, die in der Volks-Zeitung die praktische Spitze hat: ebenso wie das deutsche Schwert die Türkei aus Europa geschlagen hat, soll es jetzt die Russen aus Europa hinaus-schlagen. Etwas anderes bedeutet das nicht. Dann die „Volkszeitung“ vom 30. August sagt: Wir haben es kaum anders erwartet, glauben aber, daß die Gewalt der Thatfachen stärker sein wird als das Mißwollen und die Unentschlossenheit der Zukunftsdiplomaten. — ist das eine Anekdote, eine Schmeichelei, die uns gesagt wird? Ich gehöre auch dazu. — (Große Heiterkeit.) und daß die männliche Energie, die sich in dem Vattenberger verkörpert, und die flammende Entrüstung, welche sich angesichts eines unerhörten Räufespiels des gesammten deutschen Volkes bemächtigt hat, den moralischen und thattätlichen Sieg über alle „Wenns und Abers“ der hohen Politik davontragen werden. Das ist es, was mich erinnert an Gebra, an die weinerlichen Deflamationen, die jemand in einer Sache aufwenden kann, die ihm im Herzen ganz gleichgültig ist. Wer soll denn glauben, daß diese Artikelreiber irgend eine Begeisterung für Bulgarien hätten? Ich will gar nicht einmal behaupten, daß sie finanziell angeregt worden sei, diese Begeisterung. (Heiterkeit.) Das lieble will ich ihnen gar nicht antworten; es wäre aber zu bedauern, wenn für wenige Mark auf diese Weise das deutsche Volk beeinflusst werden könnte. Ich meine, es ist Alles die volle Ueberzeugung der Herren, die auf die Zeitungen Einfluß haben; sonst würde ich mich gar nicht damit beschäftigen, wenn irgend einer der — um mit dem Herrn Abgeordneten Dr. Wirsow zu reden — bestochenen, bezahlten Schurke, die dafür thätig sind, dies allein auf sein Konto geschrieben hätte. Dann wäre es gar nicht der Rede werth. Aber ich muß doch annehmen, da dies nie desavouirt ist, und da so viele angesehene liberale und liberale Zeitungen alle daselbe gesagt haben, daß das die volle Meinung von denjenigen Leuten ist, die in der Opposition die staatsmännliche Führung haben, die augenblicklich die Majorität bilden und die vielleicht ja auch in drei Jahren die Majorität bilden werden, so daß wir in drei Jahren vielleicht einer Majorität gegenüber finden, die auf diese Melodie hin sagt: Jetzt führt Krieg gegen Rußland oder wir streichen euch so und so viel aus der Arme! (Widerpruch links und im Centrum.) Ja das nicht sehr wahrscheinlich! Glauben Sie, daß diese Herren in drei Jahren ihre Ueberzeugung ändern? Die Majorität ist vertreten in diesen Artikeln; es sind die Blätter aller der Fraktionen, die heute die Majorität bilden. Und ich war darauf gesagt, als wir im September den kurzen Reichstags hatten, daß diese Majorität eine laminarartige Interpellation gegen die Regierung loslassen würde zu Gunsten des Prinzen von Vattenberg und für Bulgarien. Ich war erlaucht, daß, als der kleine Irrsprung der Lavine in Gestalt der sozialdemokratischen Partei bereit war, sich loszulösen, die übrige Masse sich nicht verabschieden wollte. So viel ich mich erinnere, war damals schon der Ruf so gelautet, daß man sich zu einer Interpellation doch nicht mehr verstehen wollte, weil man das — ich will nicht sagen Abirren — Unhaltbare diese Theorie allmählich erkannt hatte. Nun, die Majorität war ja aber vorhanden; eine volle Reichstagsmajorität steht hinter dieser Presse, eine Majorität, die so schnell ihre Ansichten wechselt — heute tritt kein Mensch mehr außer dem Herrn Abgeordneten Richter hier für Bulgarien auf, jetzt haben Sie es vollständig fallen lassen. Ich komme noch nachher auf einige „Germania“-Artikel von derselben Kategorie zurück, deren ich wenigstens vierzig zu Hause habe. Also auf ein so schwaches Rohr wie die Stimmen der Majorität, die doch über die Abstimmung jedesmal entscheidet, können wir die Existenz unserer Armee nicht aufbauen, wenn das nicht anerkannt ist, daß die Existenz der Armee nur in denjenigen Zeiträumen distinkt werden soll, mit denen der Kaiser und der Bundesrath verhandeln sind. Wenn die Theorie, die Fälschung der Verfassung überhaupt im Volke Terrain gewinnt und Anerkennung findet, daß von einer Budgetmajorität in jedem Jahre der Stand der Armee abhängt, wie in England etwa durch die Mutiny-Bill — theoretisch, praktisch würde es dort auch nicht so der Fall sein — dann, meine Herren, ist keine Sicherheit vorhanden, dann heißt es allein: videant Consules oder videat Imperator ne quid detrimenti capiat respublica; dann ist salus publica suprema lex. — Verzeihen Sie, daß ich in fremden Zungen mich beuge, es wird mir schwer genug. Dann hier eine „Volks-Zeitung“ vom 28. August: die brutalsten Rechtsbrüche des zarischen Despotismus ruhig hinnehmen, weil ihnen die „Gewissenlosigkeit“ fehlte, einen Krieg mit Rußland zu führen, das konnten die Diplomaten des Deutschen Bundes wirklich auch; — Nun das konnten sie nicht einmal, denn sie waren dem gar nicht ausgelegt, sie kamen gar nicht zur Fehung dabei. Ich bin ja selbst Diplomat dort gewesen, wir haben mit Rußland direkte Correspondenz eigentlich nicht gehabt, aber damit hat der Verfasser mir das Kränkteste sagen wollen, was in seiner Macht lag. Wenn Deutschland in der Weltpolitik auf diese beschriebene Rolle sich beschränken wollte, dann hätte das deutsche Volk sich die Ströme von Blut und Schweiß sparen können, die dazu gehörten, um das Deutsche Reich zu gründen.“ Also wozu brauchen wir ein Deutsches Reich, wenn

wir es nicht schaffen. Ich habe die bergeleichen ein Zusammengeburgen und die Sicherheit zusammenhangen möchte es nicht heißen es: haben, daß um des Friedens willen, daß man den Frieden stellen und selbst zu begünstigen machen. Ich sagte, ein, die einen kleinen bereitwillig sein und hier ausführen Politik ein drei Jahren, heißt hohen weiter dem nicht nach September reich geworden liden Willen fordern kann bündnis zu Politik, die nichtslos war Beziehung heiten bring der Unkenntkraft in einem großer Mongegen Rußland hergehen, u Wenn wir Jedermann 100 000 M zurückhalten weiter Fern Meilen offener schwerere, England. G bedürften die hielten Weis fahren für sich das was an zu führen, in macht und geffen, — da Grund hat, Kriegeres herr Gründen, d kriegerisch d neuer Krieg, Feldzug nicht ersten Krieg Kräfte zu n vande zu n daß wir das im Mathe d einmaligen d vielleicht ein weit ich Red lasse ich Jb nung und n einen Krieg gehört ganz angegriffen u vertheibigen Koalition aus die deutsche, gebt, ist es Schande zu man wohl ge angreift, in zu verbinden den Diplomaten wir unter V einen Krieg Interessen h oben, und n Provinzen ge quem ist — unsere inner erzeugen oder Rußland aus zösischen Krie Leben wir in inneren Poli lich im Gan Berechnung, über ist eine rigen Kriege laubt, was möglich ist, wir denken wünschd, s. Kriege gegen ein günstiges stärker wäre, seiner Segne heute von n noch viel sch vingen als o oder das n schlugen wir in diesem R Deutschlands und dieser G den Frieden oft durch sch sich fort in es ja, in d denten.“ Nun „pöndenten“ bewiist ist, und dem jef drängt sich „Germania“ Vond wäre o heterodox, u die, wenn Gr sagen würden mania“ sagt tag sich nun sich vor Ruß Drohung des also vorwärts verbeugt sich Moskowitert genügt, um g — wollen wir den Panislaw in den Hände von dieser Z volution, förm nischen wie di

erteres auf
gegenüber
wiederholt.
er von je-
Mit an-
gesprochen.
Lust ge-
ingen und
ist, die der
er sie
ich natür-
betrifft,
hätte, —
vor, einige
nun doch
fentlichkeit
veröffent-
hichte Theil
dazu nicht
geleitet habe,
was oben-
anmerkes.
tiner Tag-
reiden vor-
wieder aus
vor Aus-
aus Berlin
ist das Ge-
ania nicht
recht)
nen führen
mögen sie
an allem
der Krieg,
nicht einen
rohen, daß
itung" vom
Jahren den
eine Grenz,
nähern wir
Panlavis-
neuen für
halten halt.
(Wider-
allmählich
auf seiner
sehr stark
nicht, sie
(Heiterkeit.)
Türkei ein
en aus der
den West-
umarmung
Wochen mit
ch kein Voll-
ndert voll-
nativ: die
er ein Zeit-
hundert
haben.
man nicht
te, die eine
gar nicht
Ja sagen.
die prat-
Türkei aus
ja hinaus-
fzeitung")
et, glaube
es das Miß-
— ist das
sagt wird?
daß die
rt, und die
ten Kämpfe
moralischen
der hohen
wert an De-
einer Sache
t. Wer soll
geisterung
hupfen, daß
(Heiterkeit.)
aber zu be-
tliche Volk
olle Ueber-
ben; somit
von einer der
eben — be-
allein auf
der Rede
abwinkt ist,
alle daselbe
uten ist, die
augenblick-
Jahren die
leicht einer
Zeit führt
iel aus der
sehr wahr-
e Ueber-
ritiken; es
ität bilden.
rgen Reichs-
ation gegen
Baltensberg
ne Krupung
war, sich
wollte. So
gefunten,
er verließen
Unhaltbare
ität war die
inter dieser
st — heute
lächter hier
hien. Ich
m derselben
habe. Also
orität, die
nen wir die
t anerkannt
äumen dis-
estath ein-
Verfassung
findet, daß
der Arme
theoretisch;
dann, meine
ein: vident
publica; —
daß ich in
Dann hier
Rechtsbrüche
en die „Ge-
sagen“, —
ch aus; —
n gar nicht
in ja selbst
Correspond-
ter mir das
enn Deutsch-
beschränken
n Blut und
tliche Reich
Reich, wenn

wir es nicht für Bulgarien einsehen wollen? Nur dazu ist es ge-
schaffen. Und solche Herren bilden die Majorität der Abstimmung,
die vergreifen sich auf die Gedanken! (Lachen links.) Wenn irgend
ein Zusammenhang oder eine Identität zwischen diesen Kund-
gebungen und den Herren hier bestehen (Zwischenruf), dann ist da
mit Sicherheit anzunehmen, daß die „Volks-Zeitung“ ganz außer Zu-
sammenhang mit irgend einem der hier Abstimmenden steht? Ich
möchte es wünschen. In der „Volks-Zeitung“ vom 26. August
heißt es: „Wenn aber alle diese Zustände nur den Erfolg
haben, daß man den freiesten Verlegungen der Friedensbedingungen
um des Friedens willen keinen Widerstand entgegenstellt, wenn also
der Frieden nur dadurch aufrecht erhalten wird und werden kann,
daß man derjenigen Macht, welche man erst vor acht Jahren zum
Frieden gezwungen hatte, gestattet, diesen Frieden auf den Kopf zu
stellen und gerade diejenigen Uebergriffe durchzuführen, welche der-
selbe zu verhindern bestimmt war, dann kann der also zusammen-
gefügte Frieden kaum noch auf den Werth des Papiers Anspruch
machen, auf welchem er niedergeschrieben und besiegelt worden ist.“
Ich sagte gestern schon: wir, die Regierung treten für den Frieden ein,
die Politiker dieser Richtung wollen es antommen lassen auf
einen kleinen Krieg mit Rußland, darauf einzugehen sind sie sehr
bereitwillig. Es sind zwar schon 4 Monate her, diese Bereitwillig-
keit und diese todesverachtende, todesmuthige Ueberzeugung, die sich
hier ausspricht. Vier Monate sind ja für die Stimmung in der
Politik eine recht lange Zeit; aber es könnte doch sein, daß wir nach
drei Jahren noch auf diesen Schlag von Politik hier in der Mehr-
heit stoßen könnten. Wir sollen dann nach der „Volks-Zeitung“
weiter dem Garen einen verfallenen Damm entgegengehen, daß er
nicht nach Konstantinopel geht u. i. m. Die „Germania“ vom 1.
September sagt: „In letzter Instanz könnte vielleicht sogar Frank-
reich gewonnen werden, da letzteres an sich die Stärkung der christ-
lichen Mittelstaaten auf der Balkanhalbinsel nur wünschen und
fordern kann und bloß durch die Aussicht auf ein russisches Revanche-
bündniß zu einer anderen Politik getrieben werden könnte, eine
Politik, die ja aber doch jener obigen Combination gegenüber aus-
sichtslos wäre.“ Das ist ein Irrthum; auch Frankreich wird in dieser
Beziehung nichts thun, wodurch es sich mit Rußland in Angelegen-
heiten bringen kann; und solche Intimation zeigt eben nur von
der Unkenntnis der politischen Lage und dem Mangel an Urtheils-
kraft in europäischen politischen Fragen. „Wir glauben also, ein
großer Moment ist jetzt wieder einmal für den deutsch-österreichischen
Bund gekommen. Die Verperrung der Straße nach Konstantinopel
gegen Rußland ist möglich.“ Also dazu sollen wir Deutsche Truppen
hergeben, um den Russen die Straße nach Konstantinopel zu verlegen.
Wenn wir nicht mit Rußland zusammenhängen, so würde schon
Jedermann eine Abzurückung darin finden. Sollen wir auf Schiffen
100.000 Mann nach Konstantinopel bringen und die Russen dort
zurückdrücken? Das würde uns keine zureichende, einen Krieg in so
weiter Ferne zu führen. Dadurch aber, daß wir mit Rußland 200
Meilen offene Grenze haben, wird die Frage eine viel ernstere und
schwerere, als wenn wir von Rußland so weit ab wohnen, wie
England. England kann sich mit Rußland schlagen, ohne daß es zu
besürchten braucht, daß es in England selbst in einer irgendwie ernst-
haften Weise durch russische Kräfte belästigt wird. Es hat nur Ge-
fahren für seine Kolonien, für Indien zu besürchten. Aber für uns ist
das was anderes; den Frieden zwischen zwei benachbarten Nationen
zu stören, in deren Mitten schon so manche Verwirrung künstlich ge-
macht und geschürt wurde durch die verschiedensten fremden Inter-
essen, — das ist eine große Rücksichtslosigkeit, zu der man gar keinen
Grund hat. Als zuerst im Jahre 1867 die Gefahr eines französischen
Krieges hervortrat wegen der luxemburger Frage, habe ich unter den
Gründen, die dagegen sprachen, daß wir die Frankreich gegenüber
kriegsgerüst aufnehmen sollten, namentlich auch geltend gemacht: ein
neuer Krieg zwischen Deutschland und Frankreich ist ja mit einem
Feldzug nicht abgemacht; Derjenige, der im ersten Feldzuge, der im
ersten Kriege geschlagen wird, wird nur darauf warten, um seine
Kräfte zu sammeln, um den zweiten Krieg anzufangen und seine Re-
vanche zu nehmen. Wären wir geschlagen, so hätte ich vorausgesetzt,
daß wir daselbe thäten, was jetzt Frankreich thut. Ich habe damals
im Rathe des Königs gesagt: es handelt sich hier nicht um einen
einmaligen Krieg, sondern um eine ganze Reihe von Kriegen, die
vielleicht ein halbes Jahrhundert hindurch dauern. Ob und in wie-
weit ich Recht gehabt habe, darüber diskutiren wir, und das über-
lasse ich Ihrem Urtheil. Aber ein ähnliches Verhältniß der Span-
nung und des dauernden Hasses und eine neue Revanchestimmung durch
einen Krieg mit Rußland einzurichten neben den französischen dazu
gehört ganz nothwendig, daß wir von Rußland in rücksichtsloser Weise
angegriffen werden und anschlagen müßten; dann würden wir uns
vertheidigen bis auf den letzten Blutstropfen, und wenn wir einer großen
Koalition augenblicklich unterliegen sollten, würde eine Nation, wie
die deutsche, niemals zu Grunde gehen, und wenn sie zu Grunde
geht, ist es doch immer besser, mit Ehren unterzugehen, als mit
Schande zu leben. (Bravo rechts.) Das sind aber Sachen, von denen
man wohl gelegentlich, wenn man die vorläufige Politik der Regierung
angreift, in renomnivischer Weise reden kann, die aber nach Kräften
zu verhindern die Aufgabe einer vaterlandsliebenden und ehrlichen
Diplomatie ist. Und wegen Bulgarien, wegen Serbien, werden
wir unter Verhültniß mit Rußland nicht brouilliren und überhaupt
einen Krieg führen mit einem Nachbar, mit dem wir keine feindlichen
Interessen haben — Rußland wünscht kein deutsches Land zu er-
obern, und wir wünschen kein russisches; es könnten nur polnische
Provinzen sein, von denen haben wir schon mehr, als für uns be-
quem ist — es ist also nicht der mindeste Grund, diese für manche
unser inneren Politiker fehlende Zwittermacht mit Rußland künstlich
erzeugen oder schüren zu wollen. Ich kann solche Kriegsgeheirei gegen
Rußland auch nicht anders erklären, als wie ich mir manchen fran-
zösischen Krieg erkläre: wegen der Rückwirkung auf die innere Politik.
Leben wir mit Rußland in Feindschaft, so stellt sich manches in der
inneren Politik doch noch anders, und die Regierung ist ja natür-
lich im Ganzen schwächer. Aber das ist doch nur eine theoretische
Berechnung, daß sie schwächer wird; ihren eigenen Landsleuten gegen-
über ist eine Regierung sehr viel stärker. Wenn sie in einem schwe-
rigen Kriege sich befindet, dann gilt Nothrecht, dann ist vieles er-
laubt, was im Frieden oder in einem leichteren Kriege schon nicht
möglich ist. Also auch diese Regierung wäre fehlerhaft. Ich kann
mir denken, daß Leute, die eine Ueberwindung der Zustände bei uns
wünschen, z. B. die polnischen Bestrebungen, — daß denen mit einem
Kriege gegen Rußland gebiet wäre: aber sie könnten doch nur dann
ein günstiges Resultat davon hoffen, wenn der Gegner Rußlands
stärker wäre. Wenn Rußland siegt im Kriege wegen der Schwäche
seiner Gegner, weil diesen die Mittel fehlen, deren Bewilligung wir
heute von ihnen verlangen, dann, glaube ich, würde es den Polen
noch viel schlechter gehen in den preussischen und österreichischen Pro-
vinzen — als heutzutage (Sehr richtig! rechts), wenn also Galizien
oder das Großherzogthum Polen dem Reichsgouvernement zuge-
schlagen würde, — das wäre ungefähr der Kampfpreis, den die Polen
in diesem Kriege davonzutragen könnten, wenn sie auf die Schwächung
Deutschlands hinarbeiten. Die „Germania“ sagt ferner am 29. Aug.:
Und dieser Gedanke, ob die Lage Europas derartig sei, daß man
den Frieden fort und fort durch Trinkgelber an Rußland, und zwar
oft durch sehr beträchtliche, erkaufen müsse, — dieser Gedanke macht
sich fort und fort immer deutlicher in der Presse geltend. So heißt
es z. B. in dem sehr regierungsfreundlichen „Hamburger Korrespon-
dent“. Nun, die Regierungsfreundlichkeit des „Hamburger Korres-
pondenten“ kennen wir. Wenn ein Blatt wie die „Germania“ so
benimmt ist, den Russen Feinde zu schaffen und zwischen Rußland
und dem jetzigen deutschen Kaiserthum Feindschaft zu stiften, so
drängt sich einem ganz unwillkürlich die Frage auf: würde die
„Germania“ ebenso eifrig dahin arbeiten, wenn Rußland ein kath.
Land wäre oder ein katholisches Herrscherhaus hätte? Rußland ist
heterodox, und da giebt es ja so manche lebensschaffliche Politiker,
die, wenn Griechen und Protestanten sich etwa in die Haare gerietzen,
sagen würden: ich habe um jeden Schlag, der vorbei fällt. Die „Ger-
mania“ sagt ferner in einem Artikel vom 26. August: „Das Alles
hat sich nun mit einem Schlage vollständig verändert; Europa hat
sich vor Rußland rückwärts konzentriert, und zwar auf die bloße
Drohung des Russen hin. — Demgegenüber sollten wir uns
also vorwärts konzentriren; dann wäre ja der Krieg da. — Europa
verbeugt sich vor der vollendeten Thatfache, vor der Uebermacht des
Moskowitenthums. . . . Wenn die Drohung mit einer Kriegsthat
genügt, um ganz Europa dem Willen Rußlands dienstbar zu machen,
— wollen wir denn nicht den ganzen hallosten Widerstand gegen
den Panlavismus aufgeben? Bulgarien und Ostrumelien sind jetzt
in den Händen der Russen. Daß Magdonien auch dazu gehört, hat
noch dieser Tage das Organ Zankows, des Hauptantiflers der Re-
volution, förmlich erklärt. Oesterreich wird ebenjowenig die mazedo-
nischen wie die bulgarischen Kostanien aus dem Feuer zu holen wagen.

Ich frage: Sind dies Kriegsgeheirei oder nicht? Darf man daraus
schließen, daß die Staatsmänner, die hinter diesen Blättern
stehen, den Wunsch gehegt haben, uns mit Rußland in einen
Krieg zu führen? — Dann wäre es ein sehr eigenthümliches
Zusammentreffen, auf welches ich schon aufmerksam gemacht habe:
daß dieselben Parteien, die so bereitwillig sind, uns in einen Krieg
zu führen, hier die Mittel, den Krieg zu führen, uns hartnäckig
verleihen oder doch nur auf kurze Zeit bewilligen wollen; woran
sich doch immer die Neigung knüpft, die Krisis, die jedesmal mit
diesen Verhandlungen verbunden ist, nicht zu lange aufzuschieben.
Sieben Jahre der inneren Ruhe, des inneren Friedens, — das kann
keine eifrige Parteipolitik ertragen; solche Gemüthsbewegungen und
Kämpfe, bei denen der Rechtsboden der deutschen Verfassung funditus
erschüttert wird, brauchen Sie öfter zu Ihrer — ob Gallenbewegung,
ich weiß es nicht. Aber wir wünschen Ruhe und Frieden im Innern
wie nach Außen und wünschen nicht, daß alle drei Jahre, sondern
höchstens alle sieben Jahre die Frage, ob die deutsche Arme, das
heißt das Deutsche Reich und die Verfassung, denn ohne Arme
sind beide, wie Herr Windthorst anerkennt, nicht denkbar —, fort-
bestehen sollen, und mit welchem Grade von Sicherheit, — wir
wollen, daß diese Frage nur alle sieben Jahre erörtert wird. Wer
konfliktstücker ist als wir, dem werden wir nicht zustimmen und
werden ihn in seiner Kampfbesieg allein lassen und ihm sagen:
wenn Sie Handel brauchen, so suchen Sie sich dieselben wo anders
auf; bei uns sind sie nicht zu finden. Ich weiß nicht, von welcher
Seite — ich habe nur die Noth gemacht, daß es gesagt wurde —
ist man auch wieder zurückgekommen auf die hannoversche Frage,
und sie ist dargestellt in einer ähnlichen Weise, wie gestern von dem
Herrn Abgeordneten Dr. Windthorst. Es ist ja einerlei, wie der
Wortlaut der Aeußerung gewesen ist. Ich wollte nur Gelegenheit
nehmen, darauf aufmerksam zu machen, daß es doch kein ganz zu-
treffender Vergleich ist, den Bund zwischen dem ehemaligen König-
reich Hannover und dem französischen Kaiserthum, wie der Herr
Abgeordnete Dr. Windthorst das gestern that, auf eine Linie zu
stellen mit dem italienisch-preussischen Bündniß im Kriege 1866.
Die Herstellung des Königreichs Hannover durch die hannoversche
Region im Gefolge des französischen Kaisers war doch nur denkbar,
wenn gleichzeitig dabei das linke Rheinufer für uns verloren ging,
was nach Napoleon uns sonst abnehmen wollte. Aber das Bündniß
Preußens mit Italien hätte in keinem Falle Rußland nach dieser
Seite hin haben können. Es wäre kein Rheinufer dabei ins Spiel
gekommen und kein deutsches Land, es war höchstens italienisches
Land; ob es für Oesterreich ein Segen war, in Italien zu herrschen,
das ist in Oesterreich selbst eine sehr zweifelhafte Frage. Aber von
deutschem Lande war in dem Bündniß keineswegs die Rede. Die
Herren werden mir zugeben, daß ein siegreiches Frankreich, welches
bei uns Hannover hergestellt haben würde, sich damit nicht begnügt
hätte, sondern es würde doch auch gedacht haben: selber essen macht
fett; wie das Sprichwort sagt; es würde für Frankreich selbst direkt
das Rheinufer genommen haben, und so, wie wir damals die fran-
zösischen Wünsche kannten, — sie sind ja aus den Benebelungen
Verhandlungen bekannt —, so dachte sich das ungefähr mit dem
Winkel, der vom rechten Moselufer und dem linken Rheinufer ein-
geschlossen wird einschließlich Koblenz. Denn das war ja, was man
uns als einen Preis im Frieden abforderte. Wenn das schon da-
mals der Fall war, so ist es doch also wohl sicher, daß Napoleon
in einem siegreichen Kriege, wenn er den Frieden diktiren konnte,
das ganze linke Rheinufer genommen haben würde. Wenn nun der
Herr Abgeordnete Dr. Windthorst oder der Herr, der heute in die-
sem Sinn über diese Frage gesprochen hat, mir nicht nachweisen
kann, daß in dem preussisch-italienischen Bündniß eine ähnliche Klausel
oder unabsehbare Bedingung zum Nachtheil Deutschlands gesteckt
hat, dann wird er mir zugeben müssen, daß sein Vergleich nicht zu-
trifft, und daß die entristete und schmerzliche Bewegung, die sich bei
ihm in Erinnerung an die Vergangenheit gestern erkennen machte,
ihm veranlaßt hat, die Sache in einem unrichtigen Lichte zu sehen
und darzustellen. Meine Herren, ich weiß nicht, ob die weitere Dis-
kussion mir noch heute zu weiteren Aeußerungen Veranlassung geben
wird. Ich will es einstweilen abwarten. (Bravo! rechts.)

Jacta est alea!

* Die Entscheidung ist gefallen. Sie wollten die Noth und
Gefahr des Vaterlandes zu einem Gewinn für die parla-
mentarische Machterweiterung ausnützen und dieser Versuch
wurde mit vollem Recht zurückgewiesen. Die Mehrheit
des Reichstags hat das Militärgesetz in einer Gestalt, die un-
annehmbar war, weil sie die feste Grundeinrichtung unseres
Reichs, die Schutzwehr unserer nationalen Existenz unau-
sgesetzten Partei- und Wahlkämpfen preisgegeben haben würde
und die Sicherheit des Vaterlandes auf den guten Willen
und Patriotismus einer parlamentarischen Mehrheit anwies,
zu deren nothwendigen Bestandtheilen nicht nur die Ultra-
montanen und die Fortschrittspartei, sondern auch die So-
zialdemokraten, Polen, Wlisen, Elsaß Lotharinger u. i. m.
gehörten. Den „letzten Mann und den letzten Groschen“
haben sie bewilligt, aber unter der Bedingung, daß fortan
die Politik des deutschen Reichs von den Wünschen der Ultra-
montanen und Demokraten abhängig werde. Das hat der
Reichskanzler mit dem drastischen Ausdruck: „Kaiserliches
Heer oder Parlamentarische Heer“ bezeichnet, einem Ausdruck, der
in der That kurz und treffend andeutet, um was gekämpft
wird. Es handelt sich keineswegs um die Aufrechterhaltung
bestehender Volks- und Parlamentsrechte; nie hat der Reichs-
tag das Recht einer alljährlichen oder dreijährigen Heeres-
bewilligung besessen, sondern es handelt sich um eine Mach-
terweiterung des Parlaments, die uns mit der Gefährdung
der Festigkeit und Sicherheit unseres Heerwesens zu theuer
erkaufte ist. Möge das Volk jetzt darüber ur-
theilen!

Tagesnachrichten.

* Berlin, 14. Jan. (Die kaiserliche Botschaft.)
welche den Reichstag heimischte, lautete:
„Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von
Preußen, verordnen auf Grund des Artikels 24 der Verfassung mit
Zustimmung des Bundesrathes im Namen des Reichs:
Der Reichstag wird hierdurch aufgelöst.
Urtheil und Unter Allerhöchsteigehändigen Unterschrift und be-
gebrudtem kaiserlichen Insigne.
Gegeben Berlin, 14. Januar 1887.
gez. Wilhelm.
gegeg. v. Bismarck.
Die Legislaturperiode dieses Reichstags ist damit zu
Ende, und beginnt eine neue, ebenfalls dreijährige, nicht wie
irrig geglaubt wird, nur eine Ergänzung bis zum Herbst,
wo die ordentlichen Reichstagswahlen ohnehin stattgefunden
hätten. Wir wählen am 21. Februar einen Reichstag auf
3 Jahre. — Die kaiserliche Verordnung betreffend die Wahlen
zum Reichstag lautet:
Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden deutscher Kaiser, König von
Preußen u. i. m., verordnen auf Grund der Bestimmung im § 14 des
Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869, im Namen des Reichs, was folgt:
Die Wahlen zum Reichstag am 21. Februar 1887 vorzunehmen.
Urtheil und Unter Allerhöchsteigehändigen Unterschrift und be-
gebrudtem kaiserlichen Insigne.
Gegeben Berlin, 14. Januar 1887.
(L. S.) gez. Wilhelm.
Mitglieder der Parlamente und langjährige parlamen-
tarische Berichterstatter wissen nicht sich einer gleichen Span-
nung und Aufregung zu erinnern, wie diejenige war, welche
der heutigen Sitzung des nunmehr aufgelösten Reichstags
voranging. Im Saale waren von den 397 Mitgliedern des
Reichstags 368 anwesend, nur 29 also fehlten, davon zwei,

Dirichlet und Kockert, in den letzten Tagen gestorben waren;
außerdem waren noch andere Mandate erledigt, und von
denen, die noch fehlten, war gewiß keiner ohne Grund ab-
wesend. Eine so hohe „Präsenz-Ziffer“ hat der Reichstag
nicht oft in seiner Geschichte zu verzeichnen. Alle Welt war
auf den Ausgang vorbereitet; man hatte sich schon vor Be-
ginn der Sitzung allseitig verabschiedet, und als vollends
Fürst Bismarck erschienen war, bestand kein Zweifel mehr
darüber, daß die Auflösung erfolgen würde. Man sah in
der Sitzung den Reichskanzler im lebhaftesten Gespräch mit
den preussischen Ministern und einigen Mitgliedern der bun-
desstaatlichen Diplomatie. Bei der Ansahrt und Abfahrt
des Reichskanzlers ertönten von der Straße her die Jubel-
rufe der Menge, welche sich bereits bei ähnlichen Anlässen
in den letzten vier Tagen hatten vernehmen lassen.
— Berlin, 14. Jan. (Vom Tage.) Mit den Demon-
strationen zu Gunsten des Polenthums in der vorigen, mit
der Heeresverweigerung in der gegenwärtigen Session hat
der deutsche Ultramontanismus seinen wahren Charakter,
seine vollständige Unbrauchbarkeit für nationale Anliegen
und seine unheilvolle Machtk Stellung in unserem parlamen-
tarischen Leben zum klaren Ausdruck gebracht. Den Forderungen
der katholischen Kirche wird seit Jahren ein immer
größeres Entgegenkommen bewiesen, ein Stück nach dem an-
dern von der Majorität der Reichstagsmitglieder. Das kirchenge-
setz vom vorigen Jahr hat schon mehr gethan als den berechtigten
Klagen abgeholfen, weitere Verhandlungen mit Rom sind
in der Schwebe und werden mit Wahrscheinlichkeit zu einer
neuen Kirchenvorlage im Landtage führen. Aber die Hoff-
nung auf irgend einen Dank von Seiten der parlamenta-
rischen Vertreter der ultramontanen Partei ist nicht erfüllt
worden. Nichts, gar nichts ist mit allem Entgegenkommen
erreicht. Das Centrum bleibt in der Opposition bei allen
großen nationalen Entscheidungen. Wer Herrn Windthorst
mit ihm mehr und mehr eigenen selbstgefälligen Geschwäz-
gen in den letzten Tagen hat reden und mit rücksichtsloser
Offenheit den welschen Grundzug aller seiner Vorträge
hat enthüllen hören, dem mußte es klar werden, was von
einer Partei für das Reich zu hoffen ist, die unter solcher
Führung steht. Das Reich geht zu Grunde, wenn es
der Majorität Windthorst-Richter-Liebke-
noch lange gestattet wird zu wirtschaften. Wir
wollen hoffen, daß die jüngsten Vorgänge dazu beitragen,
dieses Erkenntniß in weiten Wählerkreisen zu verbreiten.
* Berlin, 14. Januar. (Die heutige Reichstags-Sitzung) hatte
folgenden Verlauf. Zur Abstimmung kam zuerst der Antrag Vallengren,
welcher die bisherige Präsenz-Ziffer auf 3 und die Erhöhung auf 1
Jahr bewilligen wollte. Er wurde gegen die Stimmen des Centrums
abgelehnt. Die Freisinnigen hatten ihre Prinzipalvorlage zurück-
gezogen. Der Eventualantrag Stauffenberg, für den Fall der An-
nahme des § 1 der Regierungsvorlage die Dauer von 7 Jahren in
3 Jahre zu vermindern, wurde mit 186 gegen 154 Stimmen an-
genommen. 28 enthielten sich der Abstimmung, nämlich die Sozial-
demokraten und die Elsässer bis auf Antoine und Born von Basel,
welche beide mit Nein stimmten, ersterer weil er Alles vermach,
letzterer weil er nur für die Regierungsvorlage stimmen wollte. Als-
dann wurde § 1, d. h. also die von der Regierung geforderte Prä-
senz-Ziffer auf 3 Jahre, mit 183 gegen 154 Stimmen angenommen;
die sich Enthaltenden waren von 28 auf 31 gestiegen, indem sich
ihnen einige Welsen zugesellt hatten. Sofort nach der Verkin-
digung dieses Ergebnisses erfolgte die Auflösung. Das „positive“ Ergebnis
der ultramontan-radicalen Coalition ist nichts als leerer Schein.
Ansichts der ausdrücklichen Erklärungen der Sozialdemokraten,
sowie der Abg. von Langwerth und Langemann ist es zweifellos,
daß in dritter Lesung das Triennat abgelehnt worden wäre.

Telegraphische Depeschen der Sieg-Zahn-Zeitung.
* Berlin, 14. Jan. (Reichstag.) Antrag
Stauffenberg auf 3jährige Bewilligung der von der
Regierung geforderten Präsenz-Ziffer wird in nament-
licher Abstimmung mit 186 gegen 154 Stimmen
angenommen. Die Konservativen, die Reichspartei
und die Nationalliberalen stimmen dagegen. Die Sozial-
listen, die meisten Elsässer und der Däne Johansen
enthielten sich der Abstimmung. Hierauf verlas der
Reichskanzler eine kaiserliche Botschaft, wodurch der
Reichstag aufgelöst wird.
(Wiederholt, weil nicht in allen Exemplaren der gestrigen Nr.)
* Berlin, 14. Jan. Eine kaiserliche Ver-
ordnung ordnet die Reichstagswahlen auf den 21.
Februar an.
* Berlin, 15. Jan. Die Thronrede, mit welcher soeben
der Landtag eröffnet wurde, drückt ihre Befriedigung aus
über den Finanzabschluß des Jahres 1885/86, welcher einen
Ueberschuß von 7 Millionen ergeben habe, die für die
Zahlung der Eisenbahnschuld verwendet werden sollen. Das
laufende Rechnungsjahr lasse einen ähnlich befriedigenden
Abschluß hoffen. Für nächstes Jahr werde, namentlich durch
die Steigerung der Matriculorbeträge um 19 Millionen,
eine Anleihe von bis dahin 28 1/2 Millionen erforderlich. Die
Nothwendigkeit, die Art der Beschaffung des öffentlichen
Geldbedarfs zu ändern, namentlich durch die Entwidlung
indirecter Reichssteuern, sei wohl anerkannt, aber durch die
bisherige abweisende Haltung des Reichstags vereitelt worden.
Die dem Landtag zu machenden Hauptvorlagen betreffen die
Erweiterung des Eisenbahnnetzes, die Provinzialordnung für
die Rheinlande, die Theilung der größeren Kreise Posen
und Westpreußens, ferner die weitere Revision der kirchen-
politischen Gesetze. Die Thronrede weist auf die immer mehr
bestätigten freundschaftlichen Beziehungen zur Curie hin und
kündigt ferner Vorlagen über erhöhte Mitwirkung der Selbst-
verwaltungsbehörden bei der Feststellung der Leistungen für
die Volksschule, sowie die Regelung der Unfallversicherung
für die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter an.

Musikalisches.
Der rühmlichst bekannte Impresario Denis, der uns vor mehreren
Jahren die R. R. Kammergängerin Frau Artot und Herrn Padilla nach
hier brachte, hat ein Künstlerkonzert auf Dienstag den 1. Febr. für
Siegen in Aussicht genommen, worin 3 Sterne erster Größe auftreten
werden. Eduard Rappoldi, kgl. sächsischer Concertmeister und kgl.
preuß. Prof. tritt als Geiger auf, der gleich neben Joachim überall ge-
nannt wird. Seine Frau die kgl. sächs. Kammervirtuosin, Frau Laura
Rappoldi-Rabrer ist als Klavierpielerin erster Größe längst bekannt.
Die Sängerin, Frau. A. A. Orgel, welche mit der berühmten Nati-
bran verglichen wird, ist gleichfalls eine ruhmgelobte Künstlerin ersten
Ranges. In den nächsten Blättern folgt eine Kritik und das Programm.

Für den erblindeten Arbeiter gingen ferner ein: L. R. 2 M., G. M.
1 M., Ph. 1 M. Fernere Gaben werden gerne entgegengenommen.

Dienstag den 18. Januar, Abends 8 Uhr,
als am Tage der Kaiserproklamation zu Versailles,
im Geffert'schen Saale am Kampen:

Volkssammlung.

Kundgebung an den Fürsten Reichskanzler in Sachen
der Militärvorlage.

Alle deutschen Männer, denen die ungeschmälerte Erhaltung der Wehrkraft
Deutschlands am Herzen liegt, gleichviel welcher politischen Partei sonst sie an-
gehören, sind freundlichst eingeladen.

Montag den 17. Januar, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr,
im Hotel Koch:

Vorstandssitzung

des nationalliberalen Vereins für den Kreis Siegen.
Sämtliche Mitglieder sind dazu geladen.

J. A.:

Dr. Horn.

An die Vertrauensmänner

der nationalliberalen Partei

im Reichstagswahlkreis: Siegen-Wittgenstein-Biedenkopf.

Samstag den 22. Januar in Hilschenbach.

Besprechung über die Stellung der Partei angesichts der
Wahlen des 21. Februar.

Näheres geht den geehrten Herren brieflich zu.

Vorläufige Concert-Anzeige.

Dienstag den 1. Februar, Abends 7 $\frac{1}{2}$ Uhr pünktlich:
Künstler-Concert

im Saale der Erholung.

Mitwirkende: Frl. Aglaja Orgeni, Sopran- und Kammerfängerin,
Frau Rappoldi-Kahner, Kgl. Sächs. Kammervirtuosin und
Herr Professor Rappoldi, Kgl. Sächs. Hof-Concertmeister.

Der Concertflügel ist aus der Hofpianosfabrik des Herrn

Ful. Blüthner in Leipzig.
Preise der Plätze: für Einzelbilletts 2 M., Familienbilletts à Person
1,50 M. Bühnenbilletts 1 M.

Louis Denis, Impresario.

Siegener Männer-Gesang-Verein.

Vorläufige Anzeige.

Sonntag den 30. Januar, Abends 8 Uhr,

im großen Saale der Bürgergesellschaft:

CONCERT

unter Leitung des Herrn Paul Reim.

Programm folgt.

Der Vorstand.

NB. Die inactiven Mitglieder bekommen ihre Karten rechtzeitig zugestellt.

Großes Lager

in Tuchen, Buxkins, Kleiderstoffen etc.

Besonders mache aufmerksam auf

weiß und blau Hausmacher-Leinen, Halbleinen
und Gebild.

Bettzeuge

in guter Waare zu billigen Preisen.

S. Georg, Siegen.

Bekanntmachung.

Indem ich nachstehend die §§ 20 und 23 der deutschen Wehrordnung zur
öffentlichen Kenntniss bringe, fordere ich alle militärpflichtigen jungen Leute
hierorts, also diejenigen, welche in dem Zeitraum vom 1. Januar 1865 bis zum
31. Dezember 1867 und früher geboren sind, sofern über ihre Dienstpflicht seitens
der Ersatz-Beörden eine endgültige Entscheidung noch nicht erfolgt ist, hierdurch auf:
ihre Anmeldung zur Rekrutierungs-Stammrolle in der Zeit vom
15. Januar bis zum 1. Februar c. während der gewöhnlichen
Büreaustunden auf Zimmer Nr. 5 des Rathhauses zu bewirken.

Die zum einjährig freiwilligen Dienst Berechtigten haben sich bei der
Ersatz-Kommission (Königl. Landraths-Amt hierl.) schriftlich oder mündlich zu
melden und unter Vorlegung ihres Berechtigungs-Scheines ihre Zurückstellung von
der Aushebung zu beantragen.

§ 20. Bedeutung der Militärpflicht.

1. Die Militärpflicht ist die Pflicht, sich der Aushebung für das stehende Heer
oder die Flotte zu unterwerfen.
2. Die Militärpflicht beginnt mit dem 1. Januar des Kalenderjahres, in welchem
der Wehrpflichtige das 20ste Lebensjahr vollendet, und dauert so lange, bis
über die Dienstpflicht der Wehrpflichtigen endgültig entschieden ist.
3. Während der Dauer der Militärpflicht heißen die Wehrpflichtigen militärpflichtig.

§ 23. Meldepflicht.

1. Nach Beginn der Militärpflicht haben die Wehrpflichtigen die Pflicht sich zur
Aufnahme in die Rekrutierungs-Stammrolle anzumelden.
Diese Meldung muß in der Zeit vom 15. Januar bis zum 1. Februar
erfolgen.
2. Die Anmeldung erfolgt bei der Ortsbehörde desjenigen Ortes, an welchem der
Militärpflichtige seinen dauernden Aufenthalt hat. (3. V. haben die hier sich
aufhaltenden militärpflichtigen Real- und Vergewaltigten, Handlungsdiener, Lehr-
linge, Handwerkergehilfen, Diensthofen, Fabrikarbeiter und andere in ähnlichen
Verhältnissen stehende Personen, welche anderwärts geboren sind, hier selbst
ihren dauernden Aufenthalt.)

Hat er seinen dauernden Aufenthalt, so meldet er sich bei der Ortsbe-
hörde seines Wohnortes, d. h. desjenigen Ortes, an welchem sein, oder sofern
er noch nicht selbstständig ist, seiner Eltern oder Vormünder ordentlicher
Gerichtsstand sich befindet.

3. Wer innerhalb des Reichsgebiets weder einen dauernden Aufenthaltsort noch
einen Wohnort hat, meldet sich in seinem Geburtsort zur Stammrolle, und
wenn der Geburtsort im Auslande liegt, in demjenigen Orte, in welchem die
Eltern oder Familienglieder ihren letzten Wohnort hatten.

4. Bei der Anmeldung der Stammrolle ist das Geburtszeugnis vorzulegen,
sofern die Anmeldung nicht am Geburtsort selbst erfolgt.

5. Sind Militärpflichtige von dem Orte, an welchem sie sich nach Nr. 2 zur
Stammrolle anzumelden haben, zeitig abwesend (auf der Reise begriffene
Handlungsdiener, auf See befindliche Seeleute etc.), so haben ihre Eltern, Vor-
münder, Lehr-, Prob- oder Fabrikherren die Verpflichtung, sie zur Stamm-
rolle anzumelden.

6. Die Anmeldung zur Stammrolle ist in der vorstehend vorgeschriebenen
Weise seitens der Militärpflichtigen so lange alljährlich zu wiederholen, bis
eine endgültige Entscheidung über die Dienstpflicht durch die Ersatz-Beörden
erfolgt ist.

Bei Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle ist der im
ersten Militärpflichtjahre erhaltene Lösungsschein vorzulegen.
Außerdem sind etwa eingetretene Veränderungen (in Betreff des Wohn-
ortes, des Gewerbes, des Standes etc.) dabei anzugeben.

7. Von der Wiederholung der Anmeldung zur Stammrolle sind nur diejenigen
Militärpflichtigen befreit, welche für einen bestimmten Zeitraum von
den Ersatz-Beörden ausdrücklich hiervon entbunden oder über das laufende
Jahr hinaus zurückgestellt werden.

8. Militärpflichtige, welche nach Anmeldung zur Stammrolle im Laufe eines
ihrer Militärpflichtjahre ihren dauernden Aufenthalt oder Wohnort nach einem
anderen Aushebungsbezirk oder Musterungs-Bezirk verlegen, haben dieses be-
weislich der Berichtung der Stammrolle sowohl beim Abgange der Beörde, oder
Person, welche sie in die Stammrolle aufgenommen hat, als auch nach der An-
kunft an dem neuen Ort derjenigen, welche daselbst die Stammrolle führt, spä-
testens innerhalb dreier Tage zu melden.

9. Versäumung der Meldefristen entbindet nicht von der Meldepflicht.
10. Wer die vorgeschriebenen Meldungen zur Stammrolle oder zur Berichtung
derselben unterläßt, ist mit Geldstrafe bis zu dreißig Mark oder mit
Gast bis zu drei Tagen zu bestrafen.

Ist diese Versäumung durch Umstände herbeigeführt, deren Beseitigung
nicht in dem Willen des Meldepflichtigen lag, so tritt keine Strafe ein.
Siegen, 5. Januar 1887.

Der Bürgermeister
Debus.

Felsch & Helmke, Siegen.

1084 Frankfurterstraße 1084
empfehlen ihre neu eingerichtete

Reparaturen-Werkstätte

für Nähmaschinen aller Systeme,
sowie für Strickmaschinen.

Die Tapeten-Handlung

von

T. Krebs, Föhrstr. 200,

empfehlen in reichhaltiger Auswahl und den
elegantesten Mustern, vom Billigen bis zum
Feinsten:

Tapeten, Bordüren, Roleaux
und Wandstuck,

sowie trockene und in Öl geriebene Farben.

Wohnung von 5 Wohnzimmern, Küche,
Speisekammer, Mädchen-
zimmer, Speise- und Kellerraum wird am
1. Februar frei.
Kreihaber wollen sich bei der Expedition
des Blattes melden.

Fahrpläne.

Köln-Sieger Eisenbahn.

Abfahrten von Siegen nach:

Niedersiegen 11,35 M.

Weydorf 1,14, 7,59 M., 1,45, 4,10 M., 6,17,

8,19 M.

Siegburg, Treisdorf, Deuf 4,14, 7,19 M.,

1,45, 4,10 M., 6,17 M.

Dillenburg, Herborn, Wehlar, Siegen,

Rassel, Frankfurt 4,14, 7,19 M., 1,45 M.,

8,19 M.

Arbeitszug.

Siegen-Dillenburg: Samstag 4,14 Nm.

In Dillenburg 6,33 M.

Ankunft in Siegen von:

Weydorf 7,15 (nur Sonntags), 7,45, 9,50 M.,

12,10 (von Niedersiegen), 1,24, 3,26 M.,

6,7, 7,48, 10,5 M.

Deuf 9,50 M., 1,24, 3,26 M., 6,7, 10,5 M.

Siegen 9,50 M., 3,26 M., 7,48 M.

Abfahrten v. Weydorf n. Siegen:

6,35, 9,13 M., 12,50, 2,53, 5,33 M., 7,11,

9,25 M.

Von Weydorf nach Daaden:

9,5 Vorm., 2,55 Nachm., 7,10, 9,25 M.

Von Daaden nach Weydorf:

7,55 Vorm., 1,15, 6,0 Nachm., 8,30 Ab.

Aufh-Sieg-Eisenbahn.

Abfahrten von Siegen nach:

Haardt u. Kreuzthal 5,48, 7,50, 10,0

M., 12,20, 1,25, 3,29 M., 5,0, 6,12,

7,53, 10,10 M.

Arnsbach 5,48, 10,0 M., 3,29 M., 6,12,

10,10 M.

Siegen, den zwischenliegenden Stationen und

überfeld 5,48, 10,0 M., 3,29 M., 6,12,

10,10 M. (Der letzte Zug fährt nur bis

Altenhundem.)

Ankunft in Siegen von:

Kreuzthal 7,45 (5,48 von Altenhundem

abg.), 9,4, 11,7 M., 1,15, 1,40,

4,6 M., 6,10, 7,0, 8,15, 11,40 M.

Siegen 11,27 M., 1,40 M., 8,15, 11,40 M.

Abfahrten v. Kreuzthal n. Siegen:

7,19, 8,38, 11,4 M., 12,55, 1,21, 3,47,

5,50 M., 6,33, 7,55, 11,17 M.

Von Siegen nach Dillenburg:

7,50 M., 1,25, 3,29 M., 7,53 M.

Von Dillenburg nach Siegen:

6,17 M., 9,27, 2,47 M., 5,38 M.

Von Marburg nach Raasbühl:

5,20, 9,21 M., 1,20 M., 7,00 M.

In Raasbühl 7,59, 11,15 M., 4,08 M., 8,55 M.

Von Raasbühl nach Marburg:

5,20, 8,28, M., 12,37 Mittags, 6,15 M.

In Marburg 7,10, 10,18 M., 3,21 M.

8,45 M.

Verantwortl. Redakteur: Dr. Oscar Horn. Verleger:
A. Klein. — Druck u. Expedition von G. Buchholtz,
Siegen.